

# Correspondent.

**Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.**  
Bei Bestellung von unsern Anzeigenblättern; bei Bestellung und Versand durch unsere Kundinnen in der Regel und auf dem Lande außerdem Porto: durch die Post 1.20 Mk. außer 42 Pf. Nachzahlung. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal woch in den Wochentagen mittwochs. — Nachdruck unserer Originalabdrücke ist nur mit schriftlicher Genehmigung gestattet. — Für Rückgabe unangelegter Einlegungen übernehmen wir keine Verbindlichkeit.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
s. s. e. Illustr. Unterhaltungsblatt  
m. neuest. Romanen und Novellen.  
4. se. landwirtsch. u. Handelsbeil.  
mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die erste Zeile oder deren Raum für vier Wochen und sieben  
Umgebungen 10 Pf. Sonstige Anzeigen 25 Pf., ausserortsige pro Seite  
20 Pf. im Restbetrag 40 Pf. Bei familiärem Satz einschließlich Nachdruck  
Geld für Einzelbeilagen nach Vereinbarung. Bei Nachbestellungen und Erweiterungen  
schonere Berechnung nach Ansuchen mit Berücksichtigung der Erfüllung der Werbung.  
1907. Anzeigenpreis für größere Geschäfts-Anzeigen nur am Tage vorher, kleinere  
Anzeigen bis frühestens 9 Uhr, Familienanzeigen bis 10 Uhr vormittags. 1907.

Nr. 97.

Mittwoch den 27. April 1910.

36. Jahrg.

## Aus dem Reichstage.

Aus Parlamentskreisen schreibt man uns: Die Situation im Reichstage ist so unklar wie nur möglich. Der Reichstagsrat hat dringende Wünsche geäußert, einige wichtigere Gesetze, so Wertzuwachssteuer und Realgesetz, noch vor den Ferien erledigt zu sehen. Beides scheint nahezu aussichtslos. Die Wertzuwachssteuer ist dem Reichstage so spät zugegangen, sie sucht die überaus schwierige Materie in einer Weise zu lösen, die von allen Seiten die schärfsten Bedenken hervorruft, die Tragweite ihrer einzelnen Bestimmungen ist so wenig zu übersehen, daß man es geradezu als ein höchst gefährliches Vergehen bezeichnen müßte, wenn der Reichstag die Beratung dieses Antrags ablehnen und sie rasch erledigen wollte, ohne daß den Interessenten im Lande ausgiebige Gelegenheit gegeben ist, sich zu äußern, und ohne daß er die vielen schwer wiegenden Bedenken aufs gründlichste gewürdigt hätte.

In preussischen Landtag hat im Reichstag droht die Session nahezu ergebnislos zu endigen. Das ist natürlich für den leitenden Staatsmann eine böse Sache, wenn er auch formell die Gesetze nicht zum Abschluß bringen kann, die ihm ja ohnehin von der konventionell liberalen Mehrheit immer in einer Weise ungenutzt werden, daß der Vater nach dieser Beziehung sein Kind nicht mehr erkennen kann. Es wird aber Herrn v. Bethmann Hollweg wohl kaum etwas anderes übrig bleiben, als diesen ungewissen Zuständen durch baldige Vertagung des Reichstages und auch des Landtages wenigstens ein zeitweiliges Ende zu machen, um eine Teilung ohne Parlament fortzusetzen zu können. Die ganze Situation beweist aufs Deutlichste, daß es auf die Dauer nicht mehr möglich ist, mit einem außerhalb der politischen Parteien stehenden Ministerium zu regieren.

Vom wahrhaft konstitutionellen Standpunkt aus läßt sich dieser Zusammenbruch des jetzigen unhaltbaren Systems nur als erfreulich bezeichnen.

## Die Verhandlungen im Reichstage über die Veteranenbeihilfe

Sind leider ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Denn wenn auch das Haus einig war in dem Wunsch, daß etwas positives geschehen solle, so war man doch nicht in der Lage, der Regierung einen Entscheidungs-Vorschlag zu unterbreiten. Beide Vorschläge — Wertzuwachssteuer und Heranziehung der Branntwein-Beibehaltung — scheiterten an den wechselnden Mehrheiten. Seitens der fortschrittlichen Volkspartei hatte der Abg. Wieland in einer trefflichen, warmherzigen Rede das Interesse der Partei an einer würdigen Gestaltung der Existenzbedingungen der alten Krieger bezeugt, und es wäre wünschenswert, wenn diese Rede in recht weiten Kreisen gelesen würde. Sie ist geeignet, manche falsche und auch gefährliche Auffassungen über das Verhältnis der fortschrittlichen Volkspartei zur Armeesache zu zerstreuen. Abg. Dr. Bismarck beschloß sich zum Schluß, in geschickter Polemik gegen Dr. Mühsch, mehr mit der finanziellen Seite der Angelegenheit.

Es wird von Seiten der fortschrittlichen Volkspartei lebhaft bedauert, daß die verbündeten Regierungen der Angelegenheit mit Rücksicht auf die Finanzlage so außerordentlich kühl und skeptisch gegenüberstanden. Der von der genannten Partei gezeigte Weg, Abbauder Liebesgabe, wäre bei einigermaßen gutem Willen der Mehrheitsparteien und vor allem bei gehöriger Energie von oben sehr wohl möglich gewesen. Die Wertzuwachssteuer war aus technischen und aus inneren Gründen nicht gangbar. Und wenn die fortschrittliche Fraktion die entsprechenden Ausführungen des Staatssekretärs Weremuth mit Zustimmung begleitete, so war das ganz begründet — die Benennung dieser Lastgabe seitens einer national-liberalen Korrespondenz hat doch wenig Wert und Sinn —, schließlich aber das Bedauern nicht aus, daß der Staatssekretär andererseits dem Vorschlage der

Fortschrittlichen auch nicht näher tritt. Mit der Wertzuwachssteuer ist den Veteranen nicht zu helfen, das müßten sich die Rechte und die Nationalliberalen auch klar gemacht haben. Die Annahme des fortschrittlichen Antrages hätte gute Aussichten geboten. Das Streben, den Veteranen zu helfen, hat aber nur Wert, wenn es sich auch praktisch bewährt.

## Der Antrag Erzberger.

Die Verhandlungen der Budgetkommission des Reichstages haben am Montag erkennen lassen, daß die große Kontare des Abg. Erzberger hinsichtlich der Kriegskosten-Deckung in Südwestafrika abtönen wird in einer Reihe mehr oder minder bedeutsamer Resolutionen, daß aber sein Antrag ebenso wenig wie der des Abg. Latmann und leider auch der der fortschrittlichen Volkspartei auf Annahme zu rechnen hat. Sein Vorstoß hat sich als verfehlt erwiesen, und man fragt sich, was Erzberger mit seinem Vorgehen wohl eigentlich bezwecken haben möge. Er leugnet Stein und Bein, daß er die Position des Staatssekretärs habe untergraben wollen, er will von rein sachlichen Motiven geleitet sein. Man tritt dem rührigen Abgeordneten von Biberach nicht zu nahe, wenn man Erklärungen dieser Art cum grano salis aufstößt. Zum mindesten hat Erzberger wohl geklagt, angesichts des sinkenden Prestiges der Zentrumspartei einen guten Agitationsstoff zur Belebung des Parteiinteresses gefunden zu haben. Die Schröpfung der Großen zugunsten des Reichstages — ein Verfahren, das bei der Menge sehr leicht populäre Wirkungen auslösen kann! Nur schade, daß der Staatssekretär nachweisen konnte, wie gerade die reichsten Leute der Kolonie mit seiner Politik unzufrieden sind!

Staatssekretär Dernburg erwies sich den Erzbergerischen Weilen gegenüber gewappnet. Er zeigte, daß auch die neue Widerständler Denkweise von Fortschritten angefüllt ist und bei allen, die sachliche Kolonialpolitik treiben, hat er aufs neue den Eindruck gefestigt, daß er mit seinem Vorgehen auf dem richtigen Wege ist. Der Vorstoß Erzbergers wird denn auch von der konfessionellen und ultranationalen Presse nicht mehr unterstützt. Man preist daselbst zurück — wohl weniger aus Überzeugung und Hinnegung zum Staatssekretär, sondern weil man die Überzeugung und sachliche Verfechtung einsehend. Die Parteien zu früh aufzugeben, ist stets eine falsche Taktik. Von der ganzen Aktion dürfte nicht viel mehr zurückbleiben als eine behauerliche Bemühung der öffentlichen Meinung im In- und Auslande und eine gewisse Verstärkung derjenigen Agitationen, die darauf hingielen, die Anfechtbarkeit in Deutsch-Südwesten den Nichtdeutschen dabeilast als zu riskant zu vermeiden. Der Kolonialverwaltung wird es aber hoffentlich gelingen, solche Empfindungen wieder auszulöschen.

## Die Reichs-Wertzuwachssteuer.

Zu dem Reichs-Wertzuwachssteuergesetzentwurf haben die Auktoren der Kaufmannschaft von Berlin eine umfangreiche Eingabe an die Reichstagskommission gesandt, in der insbesondere gegen die hohe Belastung der gewerblichen Unternehmen in der Stellung genommen wird.

Diese Belastung würde eine große Gefahr nicht nur für das Baugewerbe und alle zusammenhängenden Industriezweige sein, sie sei auch für die allgemeinen Wohnungsverhältnisse von der schwerwiegendsten Bedeutung. Eine so hohe Belastung, wie sie die neue Steuerordnung dem Gewerbe auferlegt, muß zur Erhöhung der Wohnmieten führen. Diese Erhöhung wird wiederum dem Reich neue Opfer auferlegen in einer durch sie notwendig werdenden Erhöhung der Löhne und der Beamtgehälter und wird so die Einkünfte aus der Reichs-Wertzuwachssteuer illusorisch machen. Die Vorschläge der Auktoren gipfeln darin, statt der Befristung von 30 Jahren eine solche von 15 vorzuschlagen und den unveränderten Wertzuwachs durch Erhöhung der Prozentsätze bei Gewinnen von über 150

Prozent wirksamer zur Steuer heranzuziehen und dafür die gewerblichen Betriebe zu entlasten. Die sich auf diese Weise ergebende Saldo bringe den Gewerbetreibenden maßige Prozentsätze, die ungefähr den kommunalen Steuerordnungen entsprechen. Die Vorbedingung für die Einführung einer Reichs-Wertzuwachssteuer sehen die Auktoren darin, daß eine weitere Belastung des Grundbesitzes an Besitzern weder durch die Bundesstaaten, noch durch die Provinzialen und Kreisverbände, noch durch die Gemeinden zulässig sein soll. Es wird endlich in der Eingabe darauf hingewiesen, daß die stetig steigende Belastung des Grundbesitzes eine Umgestaltung der Verhältnisse des Hausbesitzes und des Baugewerbes zur Folge haben, und zur Konzentration in wenige Hände führen kann.

Auch die im Panja-Bund tagende, aus Sachverständigen und Interessenten bestehende Kommission für das Reichs-Wertzuwachssteuergesetz hat nach mehrfachen Sitzungen einstimmig eine Resolution angenommen, die u. a. erklärt: Der Gesetzesentwurf muß der eigenen Mäßigkeit und der Tätigkeit des Reiches für die Wertzuwachsrechnung tragen, zumal der unverdienten Zuwachs vom verdienten im Einzelfall steuerlich sehr wohl zu unterscheiden ist. Das Gesetz nimmt auf die baugewerbliche Tätigkeit, besonders der Mittel- und Kleinbetriebe, welche an einem solchen Umsatz lebhaft interessiert sind, zu wenig Rücksicht, und zwar weil in dem Gesetzesentwurf der innerhalb kurzer Fristen erzielte Zuwachs bei weitem höher besteuert wird als der in einer längeren Reihe von Jahren erzielte. Ferner treffen die hohen Steuerlasten des Entwurfs gerade die höchsten gewerblichen Kreise besonders schwer. Die Art der Berechnung des Wertzuwachses ist nach fiskalischen Gesichtspunkten vorgenommen, um höhere Steuerlasten zu erzielen. Wenn z. B. ein Grundbesitz mit 100 000 Mk. Baustellenwert und einem Gebäudewert von 200 000 Mk. zum Preise von 350 000 Mk. verkauft wird, so berechnet der Entwurf nach Abzug der Aufwendungen von 300 000 Mk. einen Wertzuwachs von 50 000 Mk., und zwar nur auf den Wert der Liegenschaft von 100 000 Mk., statt auf den Gesamtwert von 300 000 Mk. Damit wird ein Wertzuwachs von 50 Proz. angenommen, während dieser in Wirklichkeit nach Maßgabe der umgesetzten Werte nur 16 2/3 Proz. beträgt. — Der Entwurf läßt die Anrechnung von nachweisbaren Aufwendungen, wie z. B. eigene Arbeit und die Berücksichtigung wertvermindernder Momente, z. B. Mietsverluste und vor allem Zinsverluste, nicht zu, so daß möglicherweise ein Wertzuwachs berechnet werden kann, wo in Wirklichkeit ein Wertrückgang angenommen werden muß. Bedenklich ist die Bestimmung, daß die Gemeinden (Gewerbeverbände) fernerhin berechtigt sein sollen, mit Genehmigung der Landesregierung zu den Steuerlasten für ihre Rechnung Zusätze zu erheben, wobei eine Grenze dieser Zusätze gesetzlich nicht normiert ist. Ferner muß daran erinnert werden, daß der Entwurf im Gegensatz zu den Bestimmungen des § 90 des Reichssteuerabzugsgesetzes vom 15. Juli 1909, welcher bei Einführung eines Wertzuwachssteuergesetzes die Vereinfachung des Umsatzempfehlens vorschlägt, dieser Bestimmung nicht Rechnung trägt. Der Gesetzesentwurf trifft vor allem den Mittelstand und die Kleinbetriebe im Baugewerbe in empfindlicher Weise und schädigt so die mit diesen Betrieben in Verbindung stehenden Industriezweige. Die Wertzuwachssteuer in der Form des Entwurfs muß aber auch zu einer erheblichen Verteuerung des Grundbesitzes als solchen führen, was wiederum einen Rückschlag auf die Mietspreise über sich. Außerdem erschwert sie die Besitzervermögensfähigkeit besonders für den Mittelstand unter Berücksichtigung der jetzt schon bestehenden staatlichen und kommunalen Umsatzsteuern.

## Wertwürdige Streitunterstützungen.

Wie die Streitunterstützungen, welche Arbeiter ausgeführt erhalten hatten, ausfallen, bringt der Verein der Löbauer Industriellen (König).

Sachsen) jetzt zur öffentlichen Kenntnis. Als der in Abbau zurzeit noch nicht beendete Streik in der Zisterzienser-Pfarrkirche ausbrach, wurde auch den Katholikorganen, um sie zum Verlassen der Arbeit zu veranlassen, die volle Unterstützung, wie sie den Organisierten gewährt wurde, zugesichert. Als die ersten Unterstüßungsgelder ausgegibt wurden, mußten die Streikenden, wollten sie das Geld erhalten, unter einem Zettel quittieren, daß die Unterstüßungsgelder ein „persönliches Darlehen“ von einem ihnen völlig unbekanntem Herrn König in Berlin seien, das nach Befrieden innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Mahnung zurückzuführen sei. Der Verband schob also Herrn König aus Berlin als Darlehensgeber vor. Den organisierten Arbeitern ist es nicht besser ergangen. Sie haben jahrelang ihre fauer verdienten Gelder — jährlich wohl ja 50 M — an die Organisation gezahlt, mußten aber beim Empfang der ersten Unterstüßungsgelder über diese ebenfalls als über ein „persönliches Darlehen“ von Herrn König quittieren. Und jetzt, wo der Streik in den letzten Tagen liegt, und eine große Zahl der Streikenden zur Arbeit zurückgekehrt ist und zum Teil der Organisation den Rücken gekehrt hat, erscheint Herr König auf der Bildfläche und fordert von den Arbeitern, welche die Arbeit wieder aufgenommen haben, in einem mit Maschinenstich gedruckten Briefe, dessen großer Vordruck „Deutscher Dolzarbeiterverband Berlin“ lautet, die erhaltenen Beträge, meist sehr erhebliche (50 M. und mehr), binnen 14 Tagen zurück. Dies geschieht ungerechnet zu einer Zeit, in der nach mehreren Wochen Streikes die Arbeiter weniger denn je im Besitze von baren Mitteln sind!

### Die französischen Wahlen.

Von den insgesamt am Sonntag vollzogenen Wahlen waren bis Montag früh 4 Uhr 531 Wahl-ergebnisse bekannt. Gewählt waren im ersten Wahlgang 49 Republikaner, 138 Radikale und Sozialistischer Radikale, 11 unabhängige Sozialisten, 30 gemischte Sozialisten, 35 Progressisten, 13 Nationalisten und 48 Konservertative und Liberale. 207 Stichwahlen sind erforderlich.

Soweit diese Zahlen einen Schluß schon zulassen, hätte sich danach der Stand der Parteien nur wenig verschoben. Auch die im Laufe des Montags bekannt gewordenen Ziffern lassen daselbe erkennen. Bis 11 Uhr vormittags waren die Ergebnisse aus 588 Wahlkreisen bekannt. Die Republikaner hatten bis dahin 57, die Radikalen und Sozialistischer Radikalen 154, die unabhängigen Sozialisten 10, die gemischten Sozialisten 28, die Progressisten 43, die Nationalisten 12 und die Konservertative 53 Siege errungen. In 281 Wahlkreisen ist Stichwahl erforderlich. — Nach einer vom Ministerium des Innern veröffentlichten Statistik verlieren die Radikale drei Siege, die Nationalisten gewinnen einen, die Progressisten verlieren einen, die Republikaner der Linken gewinnen acht, die Radikalen und Sozialistischer Radikalen verlieren zwei und die gemischten Sozialisten gewinnen drei Siege.

Aber Einzelheiten der Wahlen wird folgendes mitgeteilt: In St. Etienne wurde Ministerpräsident Briand mit einer Mehrheit von 8000 Stimmen gewählt. In Paris sind die Wahlen ziemlich ruhig verlaufen. Als gewählt waren bis 9 Uhr abends bekannt: Wienand (Nationalist), Berry (Nationalist), Verolle (Konservertativ), Mllewoy (Nationalist), Barois (Nationalist), Derys Cochin (Konservertativ), Viner (Konservertativ), Buch (soz. Radikaler), Steeg (soz. Radikaler), Lebouca (soz. Radikaler). In Stichwahl kommen: Milerand (unabhängiger Sozialist), Charles Venois (Progressist), Alleanne (gemischter Sozialist). — In Lyon wurde Kugagnere (unabhängiger Sozialist) bisher Gouverneur von Madagascar, gewählt. Im Département Ried n. kommt der frühere Kammerpräsident Doumer in Stichwahl, in Algerien ist der frühere Marine-Minister Thomson wiedergewählt.

Aber Wahlergebnisse wird folgendes berichtet: In einer notds auf dem Montmartre zu Paris abgehaltenen, von dem sozialistischen Kammerabgeordneten Rouanet einberufenen Versammlung wurden feierlich angelehrt mehrere Resolutionen und Beschlüsse abgelehnt. Rouanet wurde mit Beifall und trug Beredungen davon. Ferner drangen einige Personen in die Redaktionsräume des sozialistischen „Humanité“ ein, um dort einen Diener, der schrittweise die Telephondrähte und richtete auch sonst verdächtige Schanden an.

Nach einer Meldung aus Cognac wurde dort ein Mitglied des Wahlbureaus, der Bürgermeister von Graulle, von seinen Wählern erschossen. Dem Vernehmen nach ist die Tat nicht auf politisch, sondern auf Gründe privater Natur zurückzuführen.

In Chambon-Furgères wurde während der Festhaltung des Gemeindeführers von Radikalen ermordet und in Brand gesetzt, ein Gewand wurde verlegt.

In der Gemeinde Bernmet bei Limoges wurde der konservertative Kandidat Esquiou von der Bevölkerung in der Bürgermeisterei gefangen gehalten, Gewandern mußten ihn befreien.

In Foix (Dep. Aude) wurden die Wahlurkunden aus 3 Gemeinden verbrannt.

Die französische Presse äußert sich mit Rücksicht auf die noch unvollständigen Wahlergebnisse über die Bedeutung des Wahltages noch ziemlich zurückhaltend. Die radikalen Blätter meinen, das Ministerium dürfe von den Wahlen, welche einen republikanischen und demokratischen Sieg bedeuten, vollauf befriedigt sein. Mit Genugtuung könne auch hervorgehoben werden, daß die Wählerchaft ihre Pflicht eifrig erfüllt habe, was die beste Widerlegung der Behauptungen der Gegner der Republik im Parlament bilde, welche unermüßlich erklärt hätten, daß das Volk von Gleichgültigkeit, ja sogar von Ekel gegen das bisherige Regime erfüllt sei. Die „Humanité“ erklärt, der gestrige Tag sei für die gemischten Sozialisten günstig gewesen; denn die für die sozialistischen Kandidaten abgegebenen Stimmen zeigten, daß die Partei immer mehr an Boden gewinne.

### Die deutsche Abteilung auf der Brüsseler Weltausstellung.

Brüssel, 25. April. Die deutsche Abteilung der Weltausstellung ist heute mittag durch einen glänzenden Empfang im Festsaal des deutschen Pavillons feierlich eröffnet worden. Geheimrat Albert empfing etwa 800 Gäste, darunter viele belgische Offiziere, Minister und Diplomaten. Während des dreistündigen Empfangs spielte eine Militärkapelle. Der König und die Königin trafen vormittag 10 Uhr zu eingehender Besichtigung der deutschen Abteilung der Weltausstellung ein. In ihrer Begleitung waren Ministerpräsident Schaulaert, der Minister für Industrie und Arbeit Dubert und der Minister des Auswärtigen Davignon. Nachdem der Reichskommissar Geheimrat Regierungsrat Albert und der Gesandte von Florenz die Herren Generalconsul Franz von Mendelssohn, Geheimen Kommerzienrat Goldberger, Ministerialdirektor Just, Geheimrat Schich und Professor Clemens-Bonn vorgestellt hatten, wurde ein Rundgang angetreten.

Der Rundgang des Königs und der Königin durch die deutsche Abteilung der Ausstellung dauerte fast drei Stunden. In der großen Industriehalle setzte der König selber durch einen Druckknopf sämtliche Maschinen in Bewegung. Das außerordentliche Verständnis des Königs für alle industriellen Gebiete fiel allgemein auf. Der Monarch zeigte sein Interesse auch dadurch, daß er viele Aussteller ins Gespräch zog. Das Königspaar war sichtlich von der Leistung Deutschlands überaus und erfreut. Der König sagte zu Geheimrat Albert: „Das ist die Macht Deutschlands, die sich hier entfaltet.“ Die Königin war ganz besonders durch die starke Beteiligung ihrer bayrischen Landesleute entzückt. Das Königspaar, dessen einfaches Auftreten allgemein angenehm berührt, unterließ sich auch wiederholt mit den Monteuren und Arbeitern und ließ sich besonders die Technik des Sauges und der Druckmaschinen erläutern. In der Halle, in der sich das vollende Eisenbahnmaterial befindet, besah der König eine große Maffische Lokomotive und besichtigte die Einrichtung eines Bahnpfostenwagens. Die begleitenden belgischen Minister betonten wiederholt, daß das deutsche Organisations-talent einen glänzenden Sieg gefeiert habe, und daß die deutsche Abteilung als geschlossenes Ganzes sich zum Glor der Weltausstellung entwickeln müsse.

### Politische Uebersicht.

**Oesterreich-Ungarn:** Die Vermittlungskommission des Oesterreich-Ungarn Handelsministers zwischen der Vermittlung des Oesterreichischen und den Kapitänen dieser Gesellschaft hatten keinen Erfolg. Es ist eine Vereinbarung erzielt worden, die beide Teile zufriedenstellt.

**Russland:** Die Großfürstin Zelisaweta Fedorowna (verwitwete Großfürstin Sergius) ist am Sonntag in Moskau zur Anstiftung des von ihr gestifteten Marien-Monasteriums der Panngänger-Schwärmer geweiht worden. Der Feiertag sollte auch die Prinzessin Sjarlach von Preußen bei — Wie polnische Blätter berichten, wurde der Großfürst Wladislaus Speratski aus Warschau unter dem Verdachte der Verhöhnung der griechisch-katholischen Kirche verhaftet und nach dem Untersuchungsgefängnis in Wilna überführt. Derartige „Verbrechen“ werden in Russland mit Exekution zu höherer Arbeit oder zum mehrfachen Verbannung nach Sibirien bestraft. In Wilna wurde der Gedächtnis in Gmeinshaft mit ihrem Verbrechen gestiftet durch die beliebten Straßen der Stadt nach dem Gefängnis transportiert. Eine große weinende Menschenmenge folgte dem Zuge mit dem Gefängnis. — Im Moskauer Prozeß gegen die Mitglieder des Moskauer Komitees der Sozial-Revolutionäre wurden vier Angeklagte zur Verurteilung, 14 zu Freisprechung von verschiedenen Dingen, darunter der Senat in der Session am 16. Monaten, verurteilt. Zehn Angeklagte wurden freigesprochen.

**England:** Bei einem Freispruch, das die Tarifreformliga in London den von ihrer Reise nach Deutschland zurückgekehrten Arbeitern gab, sagte Walford, er verurteile es, daß man bei der Auseinandersetzung über den Tarif übertriebene Behauptungen aufgestellt habe, welche den tatsächlichen Verhältnissen in der großen britischen und befreundeten Nation widersprechen. Deutschland habe etwas von England zu lernen, aber England ganz gewiß noch mehr von Deutschland. Die Deutschen hätten in letzter zusammenhängender Arbeit mit seltener Geschicklichkeit und großer Sachkunde und Verantwortung erfolgreich große soziale Ziele in der Industrie-

zentren wie auf dem sächsischen Lande verfolgt. Er hoffe, daß die Parteien Englands imstande sein werden, die gigantischen Probleme der sozialen Reform in demselben Geiste und mit demselben Eifer zu behandeln, die die deutsche Politik kennzeichnen. — Am Sonnabend wurde in England der neue transatlantische Dienst der Marconi-Gesellschaft eröffnet. Ohne Zwischenstation kam fünfzig von der Hochspannungstation in Giffon nach Glaston in Kanada drahtlos telegraphiert werden.

**Türkei:** In der Antwort an die Adresse auf die letzten Schritte bezüglich der Eidesleistung der freireichigen Nationalversammlung übersehen, wie in der Worte nachstehenden Artikel veranlaßt, die Freiamtliche, daß die türkischen Rechte nicht angetastet werden sollen, ohne jedoch bezüglich der Eidesleistung ein bindendes Versprechen zu geben. Den türkischen Blättern zufolge hat die Worte die Antwort der Reichsgesandtschaft in der Frage der Eidesleistung für unbefriedigend befunden und wird neue Schritte unternehmen. — Die Albanesen sind in allem Aufbruch. Armuten greifen, wie antwortlich vom Sonntag aus Saloniki gemeldet wird, die türkischen Regierung und Wirtschaft verdrängend fort an, wobei es zum Kampf zwischen den Armuten und den die Straße benachteiligten Gruppen kam. Die Armuten wichen zurück, auf beiden Seiten waren Verluste zu verzeichnen. In Brindisi der sich große Erregung, von Wirtschaft sind zwei Stationen nach dort abgegangen.

### „Dem Kaiser zum Gruß“

überreicht die „Straßburger Post“ ihren Begrüßungsartikel. Die Herzen der Bevölkerung seien von Hoffnungen erfüllt, auf den Träger der Reichsgewalt richten sich erwartungsvoll die Blicke.

Es liegt eine ernste, feierliche Stimmung über dem Empfangen, den Glück-Verbringen dem Deutschen Kaiser bereitet. Noch schweben wir in Hagen und Wangen. Aber wir wissen, daß die Stunde nahe ist, da das Reich uns als verpöndete Morgengabe die Erweiterung unserer Rechte, den Ausbau unserer Verfassung zu einer größeren Selbstständigkeit herbringen will. Dafür danken wir dem Kaiser, der uns das Reich verleiht, in ehrsüchtiger Huldigung. Noch wissen wir nicht, was die Zukunft, der wir entgegenzusehen, bringen wird. Nicht alle hochfliegenden Träume werden sich zur Wirklichkeit wandeln. Aber es liegt nicht im Interesse des Reiches, sondern vor allem auch in wohlverstandenen Nutzen des deutschen Reiches, wenn jetzt endlich nach langer Zeit des Wartens den zu unüberwindlichem Eigentum wieder-gewonnenen Lande ein solches Maß von Freiheit, Selbstständigkeit und Rechten, von staatsrechtlicher Annäherung an die Stellung der Bundesstaaten gewährt wird, wie es sich nur irgend mit der Sicherheit des Reiches verträgt und im Rahmen seiner Verfassung durchführen läßt. Und in diesem Sinne blickt: Es ist das Reich heute hoffnungsvoll zum Deutschen Kaiser auf — Vertrauen bietend und Vertrauen heischend. Nach dieser Richtung gehen die Wünsche aller besonnenen Elemente im Lande — der Altvertruglichen, die hier eine neue Heimat gefunden, wie der Mehrheit der eingeborenen Bevölkerung, dahin: Freiheit in der inneren Verwaltung, — aber gleichzeitig Wahrschaft für eine deutsche Politik durch eine bestimmte begrenzte Oberaufsicht des Reiches. Das Schwergewicht ihrer Wünsche legt die eifrig lothringische Bevölkerung auf die Ermöschung des Reiches, ihre eigenen Landesangelegenheiten selbst regeln zu können. Wenn die Gewähr dafür geboten wird, daß die Interessen des Reiches unter allen Umständen gewahrt werden, so kann der Erfüllung dieses berechtigten Wunsches nichts im Wege stehen.

### Deutschland.

Berlin, 26. April. Die Kaiserin und die Prinzessin Viktoria Luise schwanden gestern vormittag in Straßburg das Ministerium. Um 11 Uhr nahm der Kaiser den Vorbesitzer der Truppen der Garnison ab. Er erschien im Dienstanzug eines Generalfeldmarschalls unter der Schirmhaube des Kaiserpalastes, begleitet von dem Statthalter Grafen v. Wedel und den Herren der militärischen Umgebung. Die Kaiserin und die Prinzessin haben dem Vorbesitzer vom Balkon des Palastes aus zu. Der Vorbesitzer wurde kommandiert von dem Generalleutnant Freiherrn v. d. Goltz. Sämtliche Truppen zogen zu Fuß vorbei, die Infanterie in Zugkolonne. Nach dem Vorbesitzer nahm der Kaiser eine Reihe militärischer Meldungen entgegen. Ein großes Publikum wohnte dem militärischen Schauspiel bei. Der Kaiser verließ mehrere Offiziere Densauszeichnungen. Gegen mittag folgte der Kaiser einer Einladung des kommandierenden Generals zur Tafel. Unter den Geladenen befanden sich neben höheren Offizieren Staatssekretär Freiherr von Bülow.

— Prinz und Prinzessin Eitel Friedrich von Preußen sind gestern an Bord des Lloyd-dampfers „Schleswig“ in Neapel eingetroffen.

— (Der Bundesrat) veranlaßt sich am Montag zu einer Plenarsitzung; vorher sichten die vorliegenden Ausschüsse ihre Handel und Verkehr und für Zoll und Steuerwesen eine Sitzung ab.

— (Militärische Personalien) v. Ballet de Barres, Generalleutnant und Direktor des Versorgungs- und Justizdepartements im Kriegsministerium, ist in Genehmigung seines Abschiedsgesuchs mit

der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt. An seine Stelle ist Generalleutnant Dacmeister, der bisherige Kommandeur der 39. Division, berufen worden.

(Zur Wahrung des Wahlgheimnisses) gegenüber dem Versuch eines Zeugnisszwangs hat der fortgeschrittliche Reichstagsabg. Graf Günther-Plauen im sächsischen Landtag folgende Interpellation eingebracht: „Der Vorsitzende des Königlichen Schöffengerichts in Delsnik i. B., Amtsgerichtsrat Dr. Schmidt, hat am 15. April gelegentlich einer Zeugenvernehmung die Zeugen gefragt, wen sie bei den letzten Landtagswahlen gewählt hätten. Als die Zeugen darauf die Aussage verweigerten, hat er ihnen Zeugnisszwanghaft angedroht, worauf die

Zeugen ihr Wahlgheimnis preisgegeben haben. Der Unterzeichnete richtet darum an die königliche Regierung die Anfrage, was sie zu tun gedenkt, um ein solches gesetzwidriges Verhalten des Amtsgerichtsrats Dr. Schmidt in Delsnik i. B. für die Zukunft unmöglich zu machen.“

(Aus den Kolonien) Die Ermordung eines katholischen Missionars wurde am Montag mittag amtlich aus der Nordwestprovinz Deutsch-Ostafrikas, dem Sultanat Ruanda, gemeldet. Nach einem telegraphischen Bericht des stellvertretenden Gouverneurs hatte der Vater Boupjas einen gegen den Sultan Mwinga rebellischen Grenzhauptling Lufarra aufgeführt um eine Flane Eingeborener wegen Viehraubs

zu vertreten. Lufarra wollte sich entfernen, angeblich um das Vieh zu holen. Der Vater sagte ihn darauf am Arm, um ihn zurückzuhalten, worauf die Leute des Lufarra auf dessen Befehl den Vater mit ihren Speeren töteten. Die Mörder flüchteten sofort nach der anderen Seite des Mufapaura auf kongobeligisches Gebiet. Der Vorfall hat sich am 1. April ereignet. Am 5. April wurde eine von der 11. Kompanie verstärkte Polizeiabteilung an die Grenze in Marich geschickt. Der Vorfall ist nach der Auffassung des Residenten für Ruanda von rein persönlicher Bedeutung und wird voraussichtlich ohne weitere Folgen für die Ruhe des Landes bleiben. Die übrige Grenzbevölkerung beteiligt sich an der Verfolgung der Mörder.

### Anzeigen.

Dieser Teil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber seine Verantwortung.

#### Familiennachrichten.

Für die uns anlässlich unserer silbernen Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeit sagen wir unseren herzlichsten Dank.  
**Friedrich Zwanziger u. Frau.**

#### DANK.

Für die liebevollen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Begräbnis unserer un- vergesslichen lieben Tochter

#### Margarete

sagen wir unsern innigsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:  
Familie **Gebhardt.**

#### Nachruf

für unsere liebe Enkelin **Margarete Gebhardt.**

Du bist zu früh geschieden aus Deiner Lebensbahn, Du suchst den Tod in den Wellen und sandest ihn auch so schnell. Doch Deine schöne Blüte, die schmerzlich uns umweht.

Die werden wir nicht vergessen, so lang das Auge lebt.

Ruh' sanft!  
Deine Großeltern.

Behagliches Heim, gute Verpflegung findet alleinstehende Dame oder Herr in gebührender kleiner Beamten-Familie gegen mäßige Pension.

Geht. Off. unter G 50 an die Exped. d. Bl. erbeten.

„Behaftet mit hartnäckigem

## Hautausschlag

Gabe ich noch 1 Etke Sude's Patent-Medizinal-Seife ein vollständig reines Ge- richt. — Ich gebe auch Ihre Seife geteiltens D. W. in „Suden“ a Etke 50 Pf. (15<sup>0</sup>/<sub>10</sub>) u. 1,50 M. (35<sup>0</sup>/<sub>10</sub>, Körteke Form). Dazu gehöri- ge **Ausgab-Creme** 75 Pf. und 2 M., ferner **Ausg.-u. Seife** (mitl.) 50 Pf. u. 1,50 M. Bei Blig. Kredit und Mich Kupfer

### Lederhandlung Gebrüder Becker

Brutto Strasse 4.

Lager

von

Geschirrlleder

und

Treibriemenencroupen

in allen Stärken.

Fenster-Putzleder,

Wagen-Waschleder.

### Pa. geräucherte Keringe

empfehlen stets frisch

H. Kehler, Sand 22.

## Für Gastwirte und Flaschenbierhändler

hält Bieranmeldungs- u. Nachweisungs- formulare, sowie Lagerbücher stets vorräthig  
Buchdruckerei Th. Bismarck,  
Merseburg, Elgrube.

## Statt Karten.

Die Verlobung unserer Kinder **Marie** und

**Alfred** erlauben sich ergebenst anzuzeigen

**Antonie Franke** geb. Seidel.

Gen.-Kom.-Kz.-Sekr. **H. Willnow** und **Franz**

**Anna** geb. Schaal.

Merseburg, im April 1910.

Meine Verlobung mit Fräulein **Marie Franke**,

Tochter des verstorbenen Kaufmanns Herrn Otto

Franke und seiner Gemahlin Frau Antonie geb.

Seidel, beehre ich mich anzudeuten.

**Alfred Willnow**, Regierungs-Zivil-Supernumerar.

Merseburg, im April 1910.

# Totalausverkauf Brandt.

## Altes Schützenhaus.

Sämtliche garnierte Hüte, Fassons,  
Blumen, Federn etc.

sollen bis Ende dieser Woche vollständig geräumt sein.

Noch großes Lager in

**Kinderschürzen, Kinderwäsche, Korsetts,  
Zapfserie, Stidmaterialien** etc.

## Sie sparen

erstaunlich viel Zeit und Kraft und  
schonen Ihre Wäsche  
beim Gebrauch von

„**Ozonit**“

(Prof. Glessler's Patent)

das moderne  
Waschmittel.

Überall erhältlich.



Gen. gesch.

## Theater

„Weisse Wand“  
Merseburg.

Täglich Vorstellungen.

Mittwoch nachm. von 5-7 Uhr:

Grosse

Familien-Vorstellung  
im  
Alten Schützenhaus

Abends von 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub>-10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

Vorstellung

m. Doppel-Programm  
im

Gasino

(großer Saal).

12 Nummern. 12 Nummern.

Unter anderen:

1. Doktor Phantom. Sensationelle Entfaltungen aus dem Seelenleben eines Psychologen.
2. Der König der Reporter. Urtomischer Schlag des bekannten Lehmann.
3. Die reizende Dauphine. Wunderbare Naturserien aus den französischen Alpen.
4. Wunder und Wirken Jesu. Biblisches Lebensbild in herrlicher Farbenphotographie.
5. Die Güte. Hochkomische Pantomime.
6. Ein Rinklerleben. Ergreifendes Sensationsdrama.
7. Die hohle Julie und der selbige Franz. Köstliche Humoreske.

Donnerstag und Freitag

abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> 8 Uhr

Vorstellung

im

Alten Schützenhaus

Programmänderungen  
vorbehalten.

NB. Der Saal im „Gasino“  
steht den wertigen Vereinen wie  
früher zur Verfügung.

Zu zahlreichem Besuch ladet er-  
gebenst ein  
Die Direktion der „Weissen Wand“.

**Fritz Schanze**  
empfeilt Mittwoch von 6 Uhr  
abends an  
**warmen Backschinken**  
in hochfeiner vollkostiger Ware.

**Allerf. Korbbrücklinge,**  
5 Stück 20 Pf.,  
**Oelsardinen,**  
Büchse 50 Pf.,  
**Pfeffergurken,**  
Pfund 40 Pf.,  
**Bratheringe, Rollmöpse**  
russ. Sardinen  
empfeilt  
**Adolf Kunecke,**  
Gutenbergstraße.

**Schornstein-**  
**Aufsatz**  
verbessert jeden Schornstein.  
empfeilt in allen Größen  
**Hermann Müller,**  
Schmale Straße 19.  
Telefon 300.

**Auktion**  
im städtischen Leihhause zu Merseburg  
Mittwoch den 27. April 1910, von 9 Uhr ab,  
der nicht eingelösten Pfandskufe von 53101 bis 55200, enthaltend  
Gold- u. Silberfachen, Kleidungsstücke, Federbetten, Wäsche usw.  
Die etwaigen Heberschäfte können binnen Jahresfrist in der  
Kammerkassette in Empfang genommen werden.  
Merseburg, den 2. April 1910.  
Der Verwaltungsrat, E. Hiele.

**Halle a. S. Oberer Rossplatz Halle a. S.**  
Nur vom 26. April bis 1. Mai inkl.

**Gustav Hagenbeck's grösste**  
**Indische Völkerschau der Welt.**  
Männer, Frauen und Kinder, serner Riesen-  
elefanten, Gärten, Affen, Schlangen etc.  
**Grosse sensationelle Vorstellungen**  
Zauberer, Bambuskünstler, Akrobaten, Schlangenbeschwörer, Bajadere,  
Jongleure, Bärenringkämpfe etc.  
**Prunkhafte Festumzüge in Ehren eines ind. Fürsten.**  
Ausser den Vorstellungen Original-Leben und -Treiben auf dem ind.  
Marktplatz: Webereien, Kunststickereien, Töpfer, Maler, Gold- und  
Silberarbeiter, Ebenholzschnitzer, sowie ind. Verkaufsbazare u. Schule.  
**Volksbelustigungen aller Art: Elefanten-Reiten.**

**Eigenes Restaurant.**  
Geöffnet von morgens **Hauptvorstellungen** nachmittags 8, 4 1/2,  
11 Uhr bis abds. 10 Uhr. 6, 7 1/2 und 9 Uhr.  
**Preise der Plätze:** Loge 2 Mk., 1. Platz 1.50 Mk., 2. Platz  
und Stehplatz 1 Mk. (Kinder unter 12 Jahren und Militär vom Feld-  
webel abwärts auf allen Plätzen die Hälfte).

**Schwerverbindung nach Halle:** 2 U. 8 M. (Eilz. 1.-3. Kl.);  
3 U. 7 Min. (2.-4. Kl.); 4 U. (1.-4. Kl.); 5 U. 11 M. (Eilz. 1.-3. Kl.);  
6 U. 20 M. (2.-4. Kl.); 7 U. 44 M. (1.-4. Kl.); 8 U. 2 M. (Schnellz.  
1.-3. Kl.).

Nachmittags Konzerte.

  
Neus und gebrauchte  
Fahrräder, Fring-  
maschinen, sowie alle  
Zubehörtteile, Mäntel  
u. Schlände billig. Reparaturwerkstatt.  
**R. Gärtner, Unteraltersburg 4.**

**FrISCHE Eier**  
(1 Etke 6 Pf., Mandel 85 Pf.) empfiehlt  
**A. Speiser, Breite Str. 13.**  
Empfehle von heute an

**Kindesalbanen und Salz-**  
**knochen.**  
Baumann, Gorthardstraße.

**Kretschmers Restauration.**  
Donnerstag  
**Schlachtefest.**

**Dieters Restauration.**  
Heute  
**Schlachtefest.**

**Hoffoldjerei.**  
Mittwoch **Schlachtefest.**

**Zum alten Dessauer.**  
Donnerstag **Schlachtefest.**

**fr. hausgeschlagene Burtl.**  
Donnerstag  
**Frederike Vogel, Naumarkt 17.**

**Schlachtefest.**  
Heute Dienstag  
**E. Wartemann, Chere Breite Str. 21.**

**frische hausgeschlagte Burtl.**  
Donnerstag  
**G. Fischer, Weihenstephan-  
Str. 13.**

**hausgeschlagene Burtl**  
Morgen Donnerstag  
**C. Tauch.**

**Möbel und Instrumente**  
aller Art werden sauber repariert und  
repariert in und außer dem Hause bei  
billigster Preisstellung. Näheres  
Reumarkt 57

**Wäsche zum Plätten**  
wird angenommen **Gr Ritterstr. 2 L.**

**Ein Gartenarbeiter**  
sofort gesucht.  
**Gustav Taubmann,**  
Gartenarbeiter Str. 48.

**Tüchtige Tischler**  
finden dauernde Arbeit bei  
**C. J. Chvatal & Sohn**

**Mleberinnen**  
für alle Sorten Läden, Beutel und Boden-  
beutel finden dauernd Arbeit.  
**Arthur Kornacker.**

**Junge Mädchen,**  
welche das Bekümmern und Aufpassen,  
oder sich ihre Aussteuer selbst nähern  
wollen, können sich noch melden  
**Friedrichstraße 12**

**Suche** viele Mädchen für Stadt und  
Land bei höchstem Lohn für so-  
fort und später.  
**Frau Gertrude Ulrich, Halle a. S.,  
Gr Braubaustr. 22, III**

**Aufwartung**  
für vormittags zum 1. Mai gesucht. Zu  
erfragen in der Erzd. d. Bl.

**Aufwartung**  
Ein junges Mädchen wird zum 1. Mai  
bei gutem Lohn als

**Aufwartung**  
ge sucht. Näheres in der Erzd. d. Bl.

**Aufwartung**  
Ein junges Mädchen wird zum 1. Mai  
bei gutem Lohn als

**Aufwartung**  
ge sucht. Zu erfragen **Reumarkt 4**

**Eine Schlippsadel mit Photographie**  
vom Reumarkt bis Friedrichstraße am  
Sonntag abend verloren. Bitte abzugeben  
gegen Belohnung bei  
**Lindemeyer, Coburger Str. 4, part.**

Ein schwarzer **Lobermanns Hund** zuge-  
laufen. Abzugeben gegen Erstattung der  
Kosten **Leichtstr. Nr. 19.**

**Wagen** mit 2 Rädern  
zu verkaufen

**Dr. Dralle's**  
**Birken-**  
**Haar-**  
**Wasser**  
Einmal probiert - Immer gebraucht.



**Brutetier**  
von ersten höchstprämiierten schwarzen  
Minotres verkauft  
**Beno, Lobigauer Straße 60.**

**Sterbekasse**  
für  
**Beamte u. Lehrer**  
im Kreise Merseburg.  
Die jahrgangsmäßige ordentliche Mit-  
gliederversammlung findet am  
**Freitag den 29. April d. J.,**  
abends 8 Uhr,  
in der „Reichstrasse“ statt.  
Tagesordnung:  
1. Bericht des Revisors und Rechnungs-  
legung für 1909.  
2. Wahl des Mandanten.  
Merseburg, den 18. April 1910.  
Der Vorstand.  
**Schäpe, Matze, Barthel.**

Auf Veranlassung des hiesigen Ver-  
schönerungs-Vereins wird an  
**Donnerstag den 28. April d. J.,**  
abends 8 Uhr,  
im Saale der „Reichstrasse“ hierseits der  
Vorstand des Verschönerungs- und des  
Vogelschutzvereins zu Halle a. S., Herr  
Kittel, einen  
**Vortrag mit Lichtbildern**  
über „Vogelschutz“  
halten, zu welchem die Mitglieder,  
Freunde und Gönner des Verschönerungs-  
vereins ergebenst eingeladen werden.  
Eintrittspreis für Erwachsene 30 Pf.,  
für Schüler 20 Pf.  
Karten im Vorverkauf in der Buch-  
handlung von Herrn **Stollberg,**  
Merseburg, den 19. April 1910.  
Der Vorsitzende des Verschönerungs-  
Vereins.  
**o. Eichenhart.**

**Münchener Wetterkragen und**  
**Wettermäntel**  
auch (Bozener Fasson),  
**Gamaschen**  
für Sport und Promenade.  
**Ernst Rulffes, Entenplan**  
Nr. 4.




**Künstliche Zähne, Plomben etc.**  
Umarbeitung schlechtzahnender Gebisse.  
**Zahnziehen fast schmerzlos. — Mässige Preise.**  
**Willy Mudor, Merseburg, Markt 19.**  
Gegenüber dem Katakeller.  
Herrn **Hubert Totzke.**



**Lichtbad**  
**helios**  
Merseburg,  
Weihenstephanstr. 9, Tel. 320  
**Elektr. Lichtbäder,**  
Erstklassige Kurverfahren bei  
Rheumatismus, Gicht,  
Eicht, Influenza, Asthma,  
Luftröhrenkat., Nerven,  
Haut-, Blasen-, Magenleib.  
Täglich auch für Damen  
offen. Sonntags 8-1.

**Reiseförbe,**  
eigenes Fabrikat. Fabrikpreise.  
**Otto Müller, Johannisstraße 10.**

**Hackmaschinen!**  
Zur bevorstehenden Herbstzeit empfehle  
ich meine bekannten und bewährten Hack-  
maschinen für alle Gutsstädte, sowie  
**Hack- und Häufelplüge**  
in bester Ausführung. Ferner:  
**Handhackmaschinen,**  
**Doppel- u. Einradhacken.**  
**Universalhacken**  
in allen Breiten, auch mit auswechselbaren  
Blättern.  
Wesvère gut erhaltene  
**Sacksche Hackmaschinen**  
billig zu verkaufen.  
**Fabr. landw. Masch. u. Geräte**  
**B. Hornsheim**  
**Bad Lauchstädt Bez. Halle.**

## Der neue Gesegentwurf über die Schiffsahrtsabgaben

ist, wie bereits erwähnt, nachdem eine Einigung zwischen der preussischen sächsischen, hessischen und bairischen Regierung erzielt worden war, zustande gekommen. Die „Straßb. Post“ macht über seinen Inhalt nähere Angaben, denen wir folgendes entnehmen:

Die Abgaben sind auf natürlichen Wasserstraßen für Einrichtungen, die der Erleichterung des Verkehrs dienen, und auf künstlichen Wasserstraßen zu erheben. Sie dürfen nicht die zur Herstellung und Unterhaltung der Wasserstraßen nötigen Kosten überschreiten. Die Kosten für Anlagen, die auch andern Zwecken als dem Verkehr dienen, dürfen nur teilweise von den Schiffsahrtsabgaben gedeckt werden. Für Rhein, Mosel und Elbe, in deren Stromgebiete Abgaben zu erheben sind, werden Stromverbände gebildet. In die von den Abgaben zu befreienden Ausgaben sind alle den Stromverbänden bei der Durchführung ihrer Aufgaben erwachsenden Kosten einzurechnen einschließlich der Unterhaltung älterer im Schiffsverkehr stehender Anlagen für das Wassergebiet. Wichtig ist die Bestimmung, daß die Mittel der Verbände auch für solche Zwecke mißwendig verwendet werden können, die in einem der drei Stromgebiete auf deutschem Boden liegen, falls sowohl die zu bildenden Verteilungsausschüsse, wie die gleichfalls einzusetzenden Stromräte es mit zwei Drittel Mehrheit beschließen. In sämtlichen Verwaltungsausschüssen führt Preußen den Vorsitz. Der Kompetenz der Verwaltungsausschüsse unterstellen sämtliche über die Erhebung und Verwendung der Schiffsahrtsabgaben im Rahmen des Gesetzes zu erlassenden Bestimmungen, einschließlich der Tarife und etwaiger durch die Umstände gebotener Vergünstigungen, sowie der Verwendung der in die gemeinsame Stromkasse abzuführenden Abgaben. Die Stromräte, die den Verwaltungsausschüssen beigegeben werden und sich aus dem Ausbau der Wasserstraßen und dem Schiffsahrtsverkehr im weitesten Umfang beteiligten Kreisen zusammenziehen, erhalten gleichfalls eine bestimmte Anzahl von Mitgliedern, und zwar für den Rheinverband, 14 davon entfallen auf Preußen, 6 auf Baden, je 4 auf die andern beteiligten Staaten. Die Körperschaften, die Vertreter in die Räte zu entsenden haben, werden von den Landesregierungen bestimmt. Die Räte wählen selbst ihre Vorsitzenden, sie können ihrerseits wieder ständige Ausschüsse einlegen; ihre Geschäftsordnung muß vom Bundesrat bestätigt werden. Die Beschlüsse der Stromräte gehen sehr weit, da diese in den meisten Fällen stimmrechtlich und nur in wenigen Fällen beratend an der Erledigung der Aufgabe der Verbände teilzunehmen und den Verwaltungsausschüssen für Gutachten abzugeben haben, ehe diese über die Höhe der Stromab- und Unterhaltungskosten, Zinsen und Tilgungskosten, Abgabentarife, Beginn der Abgabenerhebung, der Zahlungen der Stromverbänderungen und die Bildung von Ausgleichsfonds beschließen. Außerdem soll sie von den Verwaltungsausschüssen über die Stromabgaben, sowie über die meisten übrigen Arbeiten auf dem Laufenden zu erhalten.

Für die Güter, von denen Schiffsahrtsabgaben erhoben werden, werden in allen drei Verbänden einheitliche Tarife in fünf Klassen gebildet, die nach Tonnenkilometern gestaltet sind und von unten nach oben 0,02, 0,04, 0,06, 0,08, 0,10 Pfg. betragen sollen. Abänderungen in den Tarifen, die über diese Sätze hinausgehen, können nur vorgenommen werden, wenn alle Verwaltungsausschüsse und die Räte mit je Zweidrittel Mehrheit dafür sind. Einzelne Güterarten können nur durch Zweidrittel-Mehrheitsbeschlüsse der Verwaltungsausschüsse in höhere Tariffassen versetzt werden. Die Abgaben sind von den Schiffen zu bezahlen, doch sind außer ihnen Schiffseigentümer und entsprechend ihrem Anteil an der Ladung Abnehmer und Empfänger für die Bezahlung haftbar. Auf Hinterziehung der Schiffsahrtsabgaben, welcher Art sie auch sein mögen, stehen Geldstrafen von vier bis zum zwanzigfachen des hinterzogenen Betrages, der gleichfalls noch zu entrichten ist. Ebenso werden für die falsche Einziehung der Abgaben hohe Geldstrafen festgesetzt. Auch werden scharfe Kontrollbestimmungen vorgezogen. Die Strafgebote können teilweise den Stromverbänden, teilweise den Verbandsräten zugute.

Den Zeitpunkt, an dem das Gesetz, das alle bestehenden Schiffsahrtsabgabenverträge innerhalb des Reiches aufhebt, in Kraft tritt, bestimmt der Bundesrat. Schwerlich wird es vor 1911 in Kraft treten können.

## Parlamentarisches.

### Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 28. April)

Im Reichstag wurde am Vornachmittag bei der Beratung der Vorarbeiten des Entwurfs der Schiffsahrtsabgaben der Reichstag über die Verhandlungen über die Schiffsahrtsabgaben in einer vorläufigen Rede des Reichstagspräsidenten, die von dem Reichstagspräsidenten selbst vorgelesen wurde, die Verhandlungen über die Schiffsahrtsabgaben in einer vorläufigen Rede des Reichstagspräsidenten, die von dem Reichstagspräsidenten selbst vorgelesen wurde, die Verhandlungen über die Schiffsahrtsabgaben in einer vorläufigen Rede des Reichstagspräsidenten, die von dem Reichstagspräsidenten selbst vorgelesen wurde.

### Abgeordnetenhause. (Sitzung vom 25. April.)

Das Abgeordnetenhause setzte am Montag die zweite Lesung des Antisubventionsgesetzes beim Kapitel „Universitäten“ fort. Nachdem Abg. Kaufmann (Ztr.) erklärt hatte, seine Freunde würden den Bibliotheksgebühren höhere etatsmäßige Anforderungen vorgezogen haben, wählte der Ausschuss für die Angelegenheiten der Universitäten eine einstimmige Beschlussempfehlung in der Sache zu. Er hob insbesondere hervor, daß bei den Universitäten fast ausschließlich auf Staatsmitteln angewiesen seien, während in England und Amerika Private den Hochschulen reiche Mittel zur Verfügung stellen. Die Frage der Berliner medizinischen Privatdozenten müsse einer Regelung unterzogen werden. Der Fraktionführer Dr. v. Böttger trat eine große Reihe von Wünschen vor und bezeichnete als Hochschulprogramm eines Antisubventionsgesetzes: Freie Selbstverwaltung unter Selbstverantwortlichkeit auf gesetzlicher Grundlage und in gesetzlich festgesetzten Grenzen unter Förderung und reichhaltiger Aufsicht des Staates. Damit würde sich der Minister den Beifall des Hauses und den Dank aller Universitätskreise erwerben. Der Antisubventionskommissioner Dr. v. Böttger erklärte, daß die Frage einer Erhöhung der Universitätsbeiträge in Frankfurt a. M. Der Nationalliberale Dr. Friedberg hielt ihm entgegen, seine Einwände würden einen größeren Eindruck gemacht haben, wenn sie an gerade von dem Vertreter von Wetzlar, einer Univesität, die sich in ihren Interessen bedroht fühle, erfolgt wäre. Das Selbstverwaltungsgesetz der Universitäten müsse erweitert werden. Der Antisubventionskommissioner Dr. v. Böttger erklärte, daß die Frage einer Erhöhung der Universitätsbeiträge in Frankfurt a. M. Der Nationalliberale Dr. Friedberg hielt ihm entgegen, seine Einwände würden einen größeren Eindruck gemacht haben, wenn sie an gerade von dem Vertreter von Wetzlar, einer Univesität, die sich in ihren Interessen bedroht fühle, erfolgt wäre. Das Selbstverwaltungsgesetz der Universitäten müsse erweitert werden.

er durch Abg., aber nicht durch Mehrheit ausgezeichnet sein. — Am Dienstag wird die Beratung des Antisubventionsgesetzes fortgesetzt.

## Volkswirtschaftliches.

Die deutsch-italienischen Verhandlungen haben bekanntlich kürzlich in Berlin gemäß Artikel 2 des deutsch-italienischen Handelsvertrages über die Verhandlung der beiderseitigen Arbeiter auf dem Gebiet der Arbeitserleichterung stattgefunden. Die Verhandlungen konnten mit Rücksicht auf die im Laufe der Verhandlungen deutsche Versicherungslegung nur einen vorläufigen Charakter tragen. Sie haben, wie jetzt offiziell verkündet wird, im allgemeinen eine befriedigende den Verlauf genommen und zu einer Verständigung der Delegierten über verschiedene Fragen der Arbeiterversicherung geführt, die als Grundlage für eine vertragsmäßige Regelung der Angelegenheit dienen wird.

(Eine dritte Klasse auf bairischen Bahnen. Wie aus Karlsruhe gemeldet wird, hat die Budgetkommission der Zweiten Kammer einstimmig die Forderung von 150.000 Mark für die Umwandlung von Eisenbahnwagen dritter in solche vierter Klasse abgelehnt.)

Die gesetzlich vorgeschriebene Regelung der Tarifverträge des Reichsgerichts am Ende letzten Jahres wurde durch den Reichsgerichtsrat am Ende letzten Jahres wiederholt angeregt. Die Regelung der Tarifverträge werden. Bei einer solchen Regelung — die naturgemäß nur auf gesetzlichem Wege und nicht auf öffentlichem Recht beruhen dürfte — handelt es sich in erster Linie um die Frage, den Vereinbarungen aus Tarifverträgen ein gesetzliches Recht zu verleihen. In dieser Beziehung sind bisher auf Grund verschiedener Aufstellungen des Reichsgerichts entgegengegesetzliche Auffassungen, je nachdem die Tarifverträge als Vereinbarungen (Konventionen) im Sinne der Bestimmungen der Gewerkschaftsgesetze zu betrachten oder nicht. Das Reichsgericht hat nun ein gesetzliches Recht für die Vereinbarungen aus einem Tarifvertrag anerkannt und die Gewerkschaften für die Organisation und des einzelnen Mitgliedes ausgesprochen. Hiermit wäre ein wesentlicher Anlaß zu einer gesetzlichen Regelung für die Tarifverträge allerdings beseitigt. Andererseits ist aber nicht das Prinzip der Gewerkschaften zu betrachten. Der Reichsgerichtsrat hat nun ein gesetzliches Recht für die Vereinbarungen aus einem Tarifvertrag anerkannt und die Gewerkschaften für die Organisation und des einzelnen Mitgliedes ausgesprochen. Hiermit wäre ein wesentlicher Anlaß zu einer gesetzlichen Regelung für die Tarifverträge allerdings beseitigt. Andererseits ist aber nicht das Prinzip der Gewerkschaften zu betrachten.

Der Reichstag hat die zweite Lesung des Antisubventionsgesetzes beim Kapitel „Universitäten“ fort. Nachdem Abg. Kaufmann (Ztr.) erklärt hatte, seine Freunde würden den Bibliotheksgebühren höhere etatsmäßige Anforderungen vorgezogen haben, wählte der Ausschuss für die Angelegenheiten der Universitäten eine einstimmige Beschlussempfehlung in der Sache zu. Er hob insbesondere hervor, daß bei den Universitäten fast ausschließlich auf Staatsmitteln angewiesen seien, während in England und Amerika Private den Hochschulen reiche Mittel zur Verfügung stellen. Die Frage der Berliner medizinischen Privatdozenten müsse einer Regelung unterzogen werden. Der Fraktionführer Dr. v. Böttger trat eine große Reihe von Wünschen vor und bezeichnete als Hochschulprogramm eines Antisubventionsgesetzes: Freie Selbstverwaltung unter Selbstverantwortlichkeit auf gesetzlicher Grundlage und in gesetzlich festgesetzten Grenzen unter Förderung und reichhaltiger Aufsicht des Staates. Damit würde sich der Minister den Beifall des Hauses und den Dank aller Universitätskreise erwerben. Der Antisubventionskommissioner Dr. v. Böttger erklärte, daß die Frage einer Erhöhung der Universitätsbeiträge in Frankfurt a. M. Der Nationalliberale Dr. Friedberg hielt ihm entgegen, seine Einwände würden einen größeren Eindruck gemacht haben, wenn sie an gerade von dem Vertreter von Wetzlar, einer Univesität, die sich in ihren Interessen bedroht fühle, erfolgt wäre. Das Selbstverwaltungsgesetz der Universitäten müsse erweitert werden.

## Provinz und Umgegend.

Halle, 26. April. Der Landwirtschaftsminister genehmigt auf Empfehlung der hiesigen Landwirtschaftskammer, daß dem Rittergutsbesitzer Werner in Bölow 100 Morgen von dem vor den Loren Hales gelegenen fiskalischen Dismar Wald zur Anlage einer großen Hahnperlonie überlassen werden.

Canena, 26. April. Der Schaafzüchter Käben aus Nickenbach hatte vor einigen Tagen das Unglück, daß er beim Anbau der Schafställe sich mit dem Anter den Fuß verletzte. Es entstand Blutvergiftung, woran der bedauernswerte Mann verstarb.

Heiligenstadt, 26. April. Der 18jährige Georg Köhlig, bestreift bei dem Landwirt Schwacht in Weihenborn, wollte im Pferdehufe streuen. Köhlig schlug ein der Pferde hinten aus und trat den Köhlig derart vor den Leib, daß er dem Hofamtierr-Krankenhaus in Heiligenstadt zugeführt werden mußte. Hier ist er an den eintretenden schweren inneren Verletzungen gestorben.

Wilmersdorf, 26. April. Nachdem die Landesvereine der Wilmersdorfer Thüringer des dem Thüringer Hauptverein erklärt haben, daß sie ihre Organisationen nicht auflösen können, noch wollen ist die seit Jahren erlirbte Einigung der thüringischen Wilmersdorfervereine als geschieden anzusehen.

Delitzsch, 25. April. Unter den Beurlaubten an Bord des Dampfschiffes „Jägerin“ befindet sich auch ein Sohn des Schmiedemeisters Bergmann aus dem benachbarten Wilmersdorf, des Bezirksverwalters Bergmann. Aus Wilmersdorf gehen

die Nachricht ein, daß die Verletzungen sehr schwer und lebensgefährlich seien.  
7. 6. 24. April. Gestern nachmittags wurde das vierjährige Tochterchen des Kaufmanns Enar von einem 12-jährigen Knaben mit einem Stein in's Auge geschossen und zwar so unglücklich, daß das Auge sofort ausfiel. Die unglücklichen Eltern sind um so mehr zu bedauern, als ihnen bereits ein anderes Kind auf einem Zuge erlöndet ist.

## Lokalnachrichten.

Meuselburg, den 26. April 1910.

**1. Eine Beamten-Versammlung,** in der nahezu sämtliche hiesige Behörden vertreten waren, fand am Montagabend im Zivils. Der Besuch war ein verhältnismäßig guter. Nach der Bureauwahl wurde zunächst über den ersten Punkt der Tagesordnung verhandelt: Bildung eines ständigen Ausschusses zur Vertretung gemeinschaftlicher Angelegenheiten. Die Aussprache hierüber war eine ungemein lebhafte. Fast alle Redner betonten die Notwendigkeit eines solchen Ausschusses bei wirtschaftlichen und kommunalpolitischen Angelegenheiten, während die Herren, die dafür eintraten, daß man sich in den bestehenden Kommunalvereinen für die Standesinteressen betätige, in der Minderheit blieben. Schließlich stimmte die Versammlung dem Punkte im Prinzip einmütig zu, worauf dann über die Art und Anzahl der Vertretung der einzelnen Behörden in dem neu zu bildenden Ausschüsse die Meinungen sehr auseinandergingen. Einzelne Redner erklärten, nicht in der Lage zu sein, Vertreter zu nominieren, ohne Rücksprache mit sämtlichen Beauftragten ihrer Behörde genommen zu haben. Bemerkung wurde von einer Seite, daß trotz der öffentlichen Einladung einzelne Behörden von den 18 hier ansässigen heute nicht vertreten seien. Namentlich der Regierung wurde der Vorwurf gemacht, daß sie bei allgemeinen Angelegenheiten stets abseits stehe und auch hier wieder überaus schwach vertreten sei. Nach lebhaftem Für und Wider einigte sich die Versammlung nach verschiedenen Abstimmungen dahin, daß jede Behörde einen Vertreter und einen Stellvertreter in den Ausschuss zu entsenden hat und zwar zunächst provisorisch; die definitive Wahl haben die Behörden dann selbstständig vorzunehmen. Nachdem dieser Punkt in nahezu zweistündigen Verhandlungen erledigt war, wurde der zweite Punkt „Stadtverordnetenwahlen“ verhältnismäßig schnell erledigt. In der III. Abteilung sollen zwei Beamte und zwei Gewerbetreibende und in der II. Abteilung ein Gewerbetreibender und vier Beamte aufgestellt werden. Auch hier gingen die Meinungen sehr auseinander. Man wies darauf hin, daß in der III. Abteilung nur volle Einmütigkeit zum Siege der bürgerlichen Parteien führen könne, darum solle man die Kandidaten so wählen, daß alle Berufsstände (1. Beamter, 1. nationaler Arbeiter und zwei Gewerbetreibende) vertreten sind. Dem wurde entgegengehalten, daß die Beamten in der III. Abteilung das Groß der Wähler bilden, also auch in erster Linie die Anwartschaft auf die Kandidatenauslese haben. Einen nationalen Arbeiterkandidaten zu unterstützen, wurde daher diesmal abgelehnt, da dieser bereits entsprechend ihrer Anzahl genügend im Stadtparlament vertreten sind. — Erst gegen 1/2 12 Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

**2. Der Invalide Reinhold S. aus** hier wurde wegen Sittlichkeitsbergehen, begangen an minderjährigen Mädchen, verhaftet und dem Amtsgerichtsgefängnis zugeführt. Die Bergchen liegen schon einige Zeit zurück.  
**3. Am Montag** abend 7/8 Uhr war hier ein prachtvoller Doppel-Regenbogen sichtbar.  
**4. Fußballsport.** Das am vergangenen Sonntag zwischen den 1. Mannschaften des Ballspielvereins „Hohenzollern“ und des Weisensefzer „Sport-Clubs“ ausgetragene Wettspiel endete mit 1:1 unentschieden. Das angelegte Spiel der 2. Mannschaften wurde von Weisensefz abgelehnt.

## Stadtverordneten-Sitzung.

Der Stadtverordnetenversammlung wurde am 26. April 1910 eine Sitzung mit folgenden Mitteltagen:  
a) Der Bezirks-Ausschuss hat die Vereinbarung der Stadt mit der Brauereifirma Carl Berger hier, betr. Festsetzung des Brauereizuschlages für 1910 genehmigt.  
b) Die Stadtverordneten werden zu dem am 31. April im Zivils. hier stattfindenden 25-jährigen Jubiläumsfest der Brandenburgischen Schutzfeuerwehr eingeladen.  
c) Zwei Baukosten sind vom Ratler Hofmann und Rentier Edörberger eingereicht, denen die Stadt aus Anlass ihres 60-jährigen Bürgerjubiläums eine Geldsumme dargebracht hätte.  
d) Der Jahresbericht des Nahrungsmitteluntersuchungsausschusses liegt zur Einsicht aus.  
Darüber erledigt die Versammlung die Tagesordnung wie folgt:  
1. Entlassung der Redaktionen: a) der gewerblichen Fortbildungsschule für 1908. Berichterstatter: Stadtr. Eichardt. Die Einnahme und Ausgabe beträgt 10934 M., so daß die Kassenkasse einen Überschuss von 3066 M. leisten mußte. Der Berichterstatter montiert den starken Verbrauch an Glühbirnen und Zylinder in der Winderbergstraße.

b) Der kaufmännischen Fortbildungsschule für 1908. Berichterstatter: Stadtr. Hühnel. Einnahme und Ausgabe schließt mit 2091 M. ab. Es war ein Überschuss von 132 M. erforderlich.  
c) Der Stipendien- und Vegetarierkasse für 1908. Berichterstatter: Stadtr. Schirren. Die Einnahme beträgt 3044,97 M., die Ausgabe 3041,30 M., mitlähle Versch. 3,67 M. Das Kapitalvermögen beträgt 117567 M. Die Zinseinnahmen entsprechen somit einer Verzinsung von 3 1/2 %. Das Fund der Berichterstatter zu niedrig und recht beschäblich an, die Kapitalien als Hypotheken auszuweisen. Die Verzinsung würde eine höhere sein, mitlähle fänden reichliche Mittel zur Verfügung. Ein Beschluß wurde hierzu nicht gefaßt.

d) Der Handleihschaft. Berichterstatter Stadtr. Höpner. Der Jahresüberschuss beträgt 4576 M., an die Kassenkasse konnte ein Überschuss von 893 M. abgeführt werden. Auf Wähler sind rund 2500 M. ausgegeben.  
Sämtliche Rechnungen sind geprüft und für richtig befunden worden. Die Entlassung wird erteilt.  
2. Wahl der Kommissare für die Wahl in der III. Abteilung des diesjährigen Kinderfestes ist der 27. Juni festgesetzt worden. Zur Kommission wählt die Versammlung die Stadtr. Meyer, Frauenheim, Dietrich, Grempler und Höpner.

Anschließend werden die Wahlen der Besitzer für die Wohnlokale zu den am 10., 11. und 12. Mai stattfindenden Wahlen der Stadtr. Planen im Auftrag des Bürgermeisters, der Stadtr. Frauenheim und der Stadtr. Höpner und im Rathaus für die H. und I. Abteilung Stadtr. Thiele als Vorsitzender, die Stadtr. Höpner und Gange als Beisitzer und als Stellvertreter die Stadtr. Volkart und Hühnel; ferner im Wahllokal Herzog Christian für den zweiten Bezirk der III. Wahlkreiswahl Stadtr. Planen im Auftrag des Vorsitzenden, die Stadtr. Frauenheim und der Stadtr. Höpner und im Wahllokal Herzog Christian für den dritten Bezirk der III. Wahlkreiswahl Stadtr. Berger Vorsitzender, die Stadtr. Meyer und Attiler Beisitzer und die Stadtr. Dietrich und Gantzer Stellvertreter.

3. Die Erlaubnis zum Bau eines im Rathaus für die Fachschule der Schneider in Auftrag. Berichterstatter Stadtr. Frauenheim. Die Stadtverordneten hatten genehmigt, daß die Fachschule der Schneider in der Nähe der landwirtschaftlichen Winterschule in der Altenburger Kleinfriedenstraße untergebracht wird. Die Benutzung der Räume hat aber die Wanderschaftskammer abgelehnt, da das Incinerator eher weniger und Beschäftigung durch die Arbeiter zu erwarten sind. Der Magistrat schlägt deshalb vor, die Schule im alten Rathaus unterzubringen. Der Berichterstatter findet es bedauerlich, daß gerade die Wanderschaftskammer es ablehnt, die Fachschule in geeigneten Räumen unterzubringen; denn die Fachschule ist doch in der Hauptkategorie im Interesse der Wanderschaftskammer eingeführt worden. Stadtr. Frauenheim weist darauf hin, daß die Schule immer mehr vor der Notwendigkeit steht, einen Schulneubau in die Nähe zu lassen. Dem für die Unterbringung aller dieser gemeinschaftlichen Schulen und Unterrichtsstellen hat eine Gemeinde zu sorgen. So mußte kürzlich ein Stenographen-Verein an absehbare Beschäftigung gegeben werden. Es wird jetzt, daß in dieser Angelegenheit nicht geschritten wird. Von der Vertretung nimmt die Versammlung Kenntnis.  
4. Einführung des Systems der losen Konten. Berichterstatter Stadtr. Dohbowitz. Der Sparfassen-Vorstand schlägt vor, vom 1. Januar 1911 ab in der Sparkasse das System der losen Konten einzuführen. Die Änderung bedeutet gegenüber dem jetzigen Verfahren der losen Konten eine wesentliche Vereinfachung des Geschäftsbetriebs und Entlastung der Beamten. Die Einrichtung haben sich schon viele Städte zu nütze gemacht und ist auch vom Verbands-Vorstand warm befürwortet worden. Da die Sparkasse jetzt vor der Notwendigkeit steht, neue Kontenbücher anzuschaffen und bei event. Belassung der bisherigen Geschäftsführung die Anstellung einer weiteren Bureauperson nötig zu treten, erachtet der Vorstand den Zeitpunkt für gekommen, jetzt zu dem System der losen Konten überzugehen. Die Einführung wird auf 6000 M. veranschlagt, da die Anschaffung eines großen Schrankens, einer Rechenmaschine, einer Rechenmaschine und bauliche Veränderungen notwendig sind. Der Betrag soll aus den Betriebsmitteln der Sparkasse entnommen werden. Der Magistrat hat sich mit der Einführung des Systems der losen Konten einverstanden erklärt und als Zeitpunkt hierfür den 1. Januar 1911 bestimmt. Dem Stadtverordneten wird dieser Beschluß zur Kenntnisnahme unterbreitet.

5. Verkauf der Pumpstation an der Provinzialstraße Merseburger, Raumburg von km 0,7 bis 2,3. Berichterstatter Stadtr. Wegold. Die Stadt ist seit 1857 im Besitz der Pumpstation, welche die Straße und zwar mit der Bedingung, daß nur Stichtschächte dort angebracht werden. Im Laufe der Zeit hat sich herausgestellt, daß dort Stichtschächte nicht recht vorwärts kommen, da sie vielfach Wässer der Erneuerung bedürfen, hat die Stadt an die Provinzialverwaltung das Ersuchen gerichtet, an Stelle der Stichtschächte Windmühlen zu bauen. Dies ist abgelehnt worden, da das Verlangen besteht, daß die Pumpstation erst erstellt werden soll. Ist die Stadt damit nicht einverstanden, so hat sich die Provinzialverwaltung bereit erklärt, das Recht zurückzugeben. Von Scherfinghagen ist der Wert der Pumpstation auf 800 M. veranschlagt worden. Die Einnahme- und Ausgabe der Pumpstation haben sich mit dem Verkauf des Rechtes einverstanden erklärt und auch der Preis ist als angemessen angesehen worden. Der Berichterstatter macht auf die Zwangslage aufmerksam, entweder seinen Antrag zurückzunehmen, die einen nur geringen Betrag erwarren lassen. Da sei es schon besser, die Pumpstation zu verkaufen. Auf die Anfrage des Stadtr. Volkart über die Höhe des jetzigen Pachterzuges erwidert Stadtr. Eichhorn, daß dieser 160—170 M. betragen habe, einmal sogar über

400 M. Darauf bemerkt Stadtr. Volkart, daß die festgesetzte Kaufsumme von 800 M. in keinem Verhältnis zu dieser Pachtsumme stehe; ein Preis von 3000 M. sei zu fordern. Stadtr. Eichhorn gibt 800 M. für angemessen, da die Pumpstationen zunächst noch Ausgaben verursachen und dann geringen Ertrag abwerfen. Darauf wird der Antrag genehmigt.

6. Errichtung eines Dienstwohngebäudes für den Hilfsmannschaften auf dem Gelände der Pumpstation in Witten. Berichterstatter Stadtr. Gantzer. Durch die Vergrößerung des Betriebes war es notwendig geworden, eine dritte Person im Pumpwerk anzustellen. Dieser Mann wohnt jetzt in Witten, da eine Dienstwohnung bei der Pumpstation nicht vorhanden ist. Dieser unzulässige Zustand soll nun durch die Errichtung eines Dienstwohngebäudes beseitigt werden. Die Kosten sind auf 8000 M. veranschlagt worden. Das Haus ist als Einmüllernwohnhaus gebaut und soll ausgeschrieben werden. Da der Ausschlag etwas reichlich bemessen ist, wird der Betrag wohl nicht vollständig gebraucht werden. Die Notwendigkeit des Baues ist anerkannt und hat sich Wasserwerksdeputat und Magistrat damit einverstanden erklärt. Die Mittel sollen aus dem Erneuerungsfond des Wasserwerks entnommen werden. Stadtr. Volkart beschließt den Bau des Dienstwohngebäudes als einen Titel aus dem hinteren Mittelalter. Man solle das Haus gleich für zwei Wohnungen errichten, um späteren Erweiterungen das Material zu verwenden. Der Bauplan wird genehmigt die Frontieren soll, kostet viel Geld und ist unnützlich. Stadtr. Gantzer erwidert: Stadtr. Volkart hat danach keine Meinung von dem Bau. Die Behörden müßten immer wieder auf diesen Bauplan angewiesen, und hier wird dieselbe als Bauplan aus dem hinteren Mittelalter genehmigt. Auch die Beschäftigung der Reparaturarbeiten durch den Arbeiter entlohnen die Behörden, da er die Vergrößerung des Haus zu einem solchen machen. Auch der Vorstoß betr. die zwei Wohnungen ist unzulässig. Nach einer Erklärung des Stadtr. Volkart, daß er nicht die Möglichkeit gehabt habe, mit seiner Kritik den Stadtbaumeister zu treffen, wird der Antrag angenommen.

7. Was für Güter zur Verteilung der Steuern von dem Hause Dornschützstraße 16 nach dem Kaufmann Karl Beyer hier, als Bester der Bauplan auf Antrag des Stadtr. Gantzer ein Betrag von 75 M. bemittelt.

8. Behandlung der den Beamten 1909 ausgegebenen Gehalts- und Wohnungsgeldzulagen für die Zeit vom 1. April bis 31. Dez. 1908 bei der Gemeindefinanzverwaltung für 1910. Berichterstatter Stadtr. Scholz. Wie bekannt, sind die Gehalts- und Wohnungsgeldzulagen für die Zeit vom 1. April bis 31. Dez. 1908 nachträglich ausgegebenen Erhebungen an Gehalt u. Wohnungsgeld mit Betrag zu gleichen sein. Nach den Auslegungen des Einkommensteuergesetzes ist die Einkommensteuernachzahlung für die Zeit vom 1. April bis 31. Dez. 1908 nachträglich ausgegebenen Erhebungen an Gehalt u. Wohnungsgeld mit Betrag zu gleichen sein. Nach den Auslegungen des Einkommensteuergesetzes ist die Einkommensteuernachzahlung für die Zeit vom 1. April bis 31. Dez. 1908 nachträglich ausgegebenen Erhebungen an Gehalt u. Wohnungsgeld mit Betrag zu gleichen sein. Nach den Auslegungen des Einkommensteuergesetzes ist die Einkommensteuernachzahlung für die Zeit vom 1. April bis 31. Dez. 1908 nachträglich ausgegebenen Erhebungen an Gehalt u. Wohnungsgeld mit Betrag zu gleichen sein. Nach den Auslegungen des Einkommensteuergesetzes ist die Einkommensteuernachzahlung für die Zeit vom 1. April bis 31. Dez. 1908 nachträglich ausgegebenen Erhebungen an Gehalt u. Wohnungsgeld mit Betrag zu gleichen sein.

Als Dringlichkeitsanträge werden noch zwei Vorlagen erlegt. Die erste betrifft eine Nachbemittlung zu dem Betrage für die Volkshilfslehre-Witwen- und Waisenkasse. Der Hausatlasplan steht hierfür nur 550 M. vor, während 600 M. gezahlt werden müssen. Die fehlenden 50 M. werden nachbezahlt. Die zweite Vorlage betrifft die Neubestellung der drei Direktoren für die hiesige Gasanstalt. Stadtr. Zeilmann berichtet, daß die Gasproduktion beschlossen hat, als Gasanfallsdirektor einen Herrn in Vorschlag zu bringen, der in seinem Verufe als solcher Erfolge gesammelt hat, der in seiner selbigen Stelle Erfolge aufweisen kann und ferner in der Lage ist, späterhin möglichst dem zu erhaltenden Betriebszweck und dem Wasserwerk vorzuleisten und dies in dem Maße zu leisten. Das Gehalt wird vorläufig auf 3000 M. festgesetzt, ferner sind 4500 M. anzusetzen, außerdem wird freie Wohnung, Heizung und Bekleidung gewährt. Die Anstellung soll zunächst auf zwei Jahre zur Probe bei vierjährlicher Kündigung vorgenommen werden. Bei Übernahme der Leitung des Betriebszweckes und des Wasserwerks soll eine Verlegung der Betriebszwecke eintreten. Der Magistrat ist diesen Vorschlägen beigegeben. Die Versammlung nimmt hierzu Kenntnis. Stadtr. Volkart macht in der Befragung darauf aufmerksam, daß sich eine Person, die all den Anforderungen zu entsprechen im Stande ist, wohl schwerlich finden lasse. Stadtr. Planenburg und Stadtr. Zeilmann erwidern, nach den schon jetzt eingegangenen Meldungen sind alle Bewerber in der Lage, den bezeichneten Anforderungen gerecht zu werden. In anderen Städten sind diese Stellen sämtlich in einer Hand vereinigt. — Hiermit wurde die öffentliche Sitzung geschlossen. Schluß 7/4 Uhr.

In der geheimen Sitzung wird den Magistratsanträgen, betr. Einweisung des Sparfassen-Reaktionären Müller, Erstattung der Umschlusssachen an einen Mittelhilfslehre und Gewährung einer Amtszulage an den Lehrer Weinhardt, zugestimmt.

## Aus dem Merseburger und benachbarten Bezirken

S. 24. April. Die Stadtverordneten nahmen in der letzten Sitzung zunächst von den Revisionen der städtischen Kassen von März d. J. Kenntnis. Sodann wurden zu der bevor-



Die für die Stadt Merseburg festgesetzte Steuerbescheinigung für 1910 liegt in der Zeit vom 27. April bis einschließlich 4. Mai 1910 im Steuerbüreau, Rathaus 2 Treppen, zur Einsicht aus.  
Die Einsicht der Rolle ist nur den Steuerpflichtigen des Stadtbereichs gestattet.  
Merseburg, den 23. April 1910.  
Der Magistrat.

### Zwangsversteigerung.

Mittwoch den 27. d. M., vormittags 10 Uhr, versteigere ich im „Galina“ hier 1 gold. Herrenuhrkette und versch. Möbel.  
Merseburg, den 26. April 1910.  
Tauschitz, Gerichtsvollzieher.

2. Etage, 5 Zimmer nebst Zubehör, Bad und Garten zu vermieten und 1. Oktober zu beziehen.  
Güterbergstraße 10.

### Kleine Wohnung

Unter-Altenburg 1 in ein Laden mit Wohnung sofort zu vermieten und zu beziehen. Derselbe eignet sich besonders zum Wirtschaftenhandel.  
Stube, Kammer und Sitze mit Zubehör an einzelne Leute sofort zu vermieten. Anfragen in der Erped. d. Bl.  
Kleine Holzwohnung zum 1. Juli zu beziehen.  
Neumarck 70.

2 Stuben, 2 Kammern, Küche und Zubehör, Preis 300 Mk., per sofort oder zum 1. Juli zu verm.  
Markt 7.

8 Zimmer, 1 Kammer, 1 Küche, versch. Entree elektr. Lichtanlage und Ziermöbel, auch Gartenumgebung, zu vermieten u. 1. Juli zu beziehen.  
Flumenstraße 10, dort bestehend aus 1 kleinerer Wohnung, Stube, Kammer, Küche und Zubehör, an kinderlose Leute oder einzelne ältere Dame 1. Juli zu beziehen.  
Hindberg 2.

Die zweite Etage ist verkehrsgünstig per 1. Juli anderweitig zu vermieten.  
Herrmann Weniger, Reum-Progreß, Neumarck 12.

3. Etage, bestehend aus 2 Stuben, Kammer, Küche und Zubehör, zu vermieten und sofort oder 1. Juli zu beziehen. Näheres beliebt dort.

### Villa Weinberg 3

ist die herrliche Wohnung zu vermieten und 1. Juli zu beziehen. Auskunft erteilt Herr Frömmig daselbst.  
In ruhiger Lage (Südwestseite) 1. Etage zu vermieten und sofort oder später zu beziehen. Anfragen in der Erped. d. Bl.

Eine ruhige große Wohnung von zwei Stuben, großer Küche, Kammer und Zubehör, ist per 1. Juli oder später zu vermieten. Näheres in der Erped. d. Bl.

Bestenfalls 2 Stübchen, 1-2 Kammern, Küche und Zubehör, Küche küngsmäßig u. f. h. mit Preis unter 600 Mk. an die Exp. d. Bl. erbeten.

Besseres möbl. Zimmer an einen oder zwei Herren zu vermieten.  
Gr. Ritterstraße 33. 1.

Gut möbl. Wohn- und Schlafzimmer zu vermieten.  
Gottfriedstraße 40. 1.

Gut möbliertes Zimmer zu vermieten.  
Breite Straße 3.

Freundl. möbl. Wohnzimmer mit Schlafkabine per sofort zu vermieten.  
Lindenstraße 11.

2 möblierte bessere Schlafstellen mit gutem Mittagstisch offen.  
Gästerstraße 13.

Für junge Dame wird von 1. Mai an ein möbliertes Zimmer mit oder ohne Pension fest zu erfragen in der Erped. d. Bl.

Freudl. Schlafstelle zu vermieten.  
Mägerstraße 3.

Bessere Schlafstelle zu vermieten.  
Weichenfelder Str. 27.

Grosser Laden mit Wohnung und Nebeläge 1. Juli 1910 zu vermieten.  
Barn Straße 13.

Beitragteil von der Mitteld. Privat-Bank u. G.

## Berliner Kursbericht.

Zweigniederlassung Merseburg, 25 April 1910.

### Deutsche Fonds.

Bezeichnung	Stück	Kurs
Reichs-Sch. Anm. fg. 1. 4. 12	4	100,50 G
do. do. 1. 7. 12	4	100,50 G
Deutsche Reichs-Anl.	4	102,25 bz G
do. do.	3 1/2	99,30 bz G
do. do.	3	84,80 bz G
Drfs. Sch. Anm. fg.	4	101,10 bz
Preuß. Staats-Anl.	4	102,25 bz G
do. do.	3 1/2	99,30 bz G
do. do.	3	84,70 bz G
do. Schatzanw. fg. 1. 7. 12	4	100,50 G
do. do. 1. 4. 18	4	100,90 G
do. do. 1. 1. 12	4	101,70 bz
Preuss. Anl. c.	3 1/2	—
do. n. 1902, 04 u. 07	3 1/2	—
do. do.	3 1/2	92,75 G
Braunschw. 20 R. Loo	ausd.	214, — bz G
Bremsh. Anl. von 1908	4	101,60 G
do. von 1906	3 1/2	91,20 G
Hamb. v. 08 untkindb. 5. 18	4	101,75 bz G
do. St. A. n. 87, 91, 93, 99	4	101,60 G
Sächsische St. Anl. v. 1908	4	101,20 G
Sächser St. Anl. v. 1899	3 1/2	91,30 G
Westf. Anl. v. 1908	ausd.	39,10 B
Preuss. Anl. v. 1908	4	101,30 G
Pr. Anl. v. 1908	3 1/2	91,75 bz G
Sächs. Staats-Rente	3	84,10 B
Preuss. Anl. v. 1908	4	100,90 G
Preuss. Anl. v. 1908	3 1/2	91,75 G
Preuss. Anl. v. 1908	3,6	95,75 G

### Ausländische Fonds.

Bezeichnung	Stück	Kurs
Argentinien v. 97	4 1/2	91,40 bz G
Österreich. Anl. von 1908	4 1/2	93,25 G
Österr. Anl. v. 1908	4 1/2	99,80 bz G
Griechisch 5% 1881	1,60	50, — bz G
do. Mon. A. 4% 0	1,76	49,40 bz G
Japan. Anleihe II	4 1/2	98,70 G
do. von 1906	4	94,70 bz G
Italien. Rente f. f.	3 1/2	105,40 G
Italien. Rente f. f.	3 1/2	100,50 bz G
Italien. Rente f. f.	4 1/2	—
Italien. Rente f. f.	4 1/2	100,90 B
Italien. Rente f. f.	5	102,30 bz
Italien. Rente f. f.	4	94,90 bz
Italien. Rente f. f.	4	91,10 bz
Italien. Rente f. f.	4 1/2	100,80 bz G
Italien. Rente f. f.	4	101,40 bz G
Italien. Rente f. f.	ausd.	178,80 bz
Italien. Rente f. f.	4	95,75 G
Italien. Rente f. f.	4	92,70 bz G
Italien. Rente f. f.	4 1/2	97,75 bz G
Ausl. d. Stadt-Anl. v. 1908	4 1/2	100,50 bz
Ausl. d. Stadt-Anl. v. 1908	4 1/2	100,40 bz
Siamesische Staats-Anl.	4 1/2	97,75 bz G
Siamesische Staats-Anl.	4 1/2	97,75 bz G
Siamesische Staats-Anl.	4 1/2	97,75 bz G
Siamesische Staats-Anl.	4 1/2	97,75 bz G

### Bank-Aktien.

Bezeichnung	Stück	Kurs
Berliner Handels-Gesellsch.	3	175,10 bz
Deutsche Bank	12 1/2	249,40
Dresdner Bank	9 1/2	187,50 bz B
Mitteldeutsche Privat-Bank	8 1/2	158,40 G
Reichs-Bank	5 1/2	148, — bz G
Sächs. Bankverein	7 1/2	189,80 bz G
Anglo-Sächsische Bank	12	264,40
Bank für Sozialwesen	12	261,00 G
Chemische Fabrik Budau	12	205,75 G
Dortm. Un.-B.-G. abg. 2.	2	91,50 bz
do. 3.	2	97,50 bz G
Giesl. Cement	4	127, — bz G
Halle'sche Maschinenfabrik	30	408, — bz
Hamb.-Amerik. Packetfabrik	0	140,10 bz
Hamburger Bergbau	9	196,00 G
Hamb.-Bergbau	10	173,75 bz B
Hamb.-Bergbau	4	171,70 bz B
Hamb.-Bergbau	5	108,40 bz G
Hamb.-Bergbau	1 1/2	102,60 bz
Hamb.-Bergbau	5	142, — bz G
Hamb.-Bergbau	15	216,50 bz G
Hamb.-Bergbau	9	196,00 G
Hamb.-Bergbau	12	195,75 G
Hamb.-Bergbau	5	115, — B
Hamb.-Bergbau	12	242,50 bz G

Br. Bod.-Cred. XXV 5. 1918 8 1/2 100,40 G  
do. XXIII bis 1916 8 1/2 94,30 G  
do. com. XI, XV, XVI 8 1/2 101,10 bz G  
do. 1904 umtkindb. 1918 3 1/2 91,70 G  
do. Rom.-Cb. 1908 unt. 5. 17 4 101,50 G  
Pr. Anl. v. 1908 unt. 17 4 99,90 bz G  
do. Rom.-Cb. 06 unt. 5. 18 4 101,50 G  
Pr. Anl. v. 1908 unt. 17 4 100,10 G  
Pr. Anl. v. 1908 unt. 17 4 91,25 G  
do. Rom. VI bis 1917 4 101,20 G  
do. v. V bis 1917 3 1/2 98, — G  
Schwarzb. S.-B. VI bis 1912 4 100,10 G  
do. I bis 1906 3 1/2 58, — G

Argentinien v. 97 4 1/2 91,40 bz G  
Österreich. Anl. von 1908 4 1/2 93,25 G  
Österr. Anl. v. 1908 4 1/2 99,80 bz G  
Griechisch 5% 1881 1,60 50, — bz G  
do. Mon. A. 4% 0 1,76 49,40 bz G  
Japan. Anleihe II 4 1/2 98,70 G  
do. von 1906 4 94,70 bz G  
Italien. Rente f. f. 3 1/2 105,40 G  
Italien. Rente f. f. 3 1/2 100,50 bz G  
Italien. Rente f. f. 4 1/2 —  
Italien. Rente f. f. 4 1/2 100,90 B  
Italien. Rente f. f. 5 102,30 bz  
Italien. Rente f. f. 4 94,90 bz  
Italien. Rente f. f. 4 91,10 bz  
Italien. Rente f. f. 4 1/2 100,80 bz G  
Italien. Rente f. f. 4 101,40 bz G  
Italien. Rente f. f. ausd. 178,80 bz  
Italien. Rente f. f. 4 95,75 G  
Italien. Rente f. f. 4 92,70 bz G  
Italien. Rente f. f. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G

Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G

Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G

Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G

Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G

Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G  
Siamesische Staats-Anl. 4 1/2 97,75 bz G

## Wohnhaus mit Einfahrt und Hof

zu kaufen gesucht. Off. Erbeten unter G. H. 10 an die Erped. d. Bl.  
Anfrage wiederum meine Mannes verkaufe mein Bäckerei-Grundstück in besserer Geschäftslage in Weichenfels. Preis 33000 Mark, Anzahlung 3000 Mark, Mietsertrag 1000 Mark (ohne Päch.). Hypothek auf lange Zeit fest. Rest kann mit 4 Prozenten bleiben. Näheres durch die Weichenfels, Weichenfels, Dr. W. W. 12.

Mehrere in Colonnen für gute getragene Weichenfels verpachtet auf ein oder mehrere Jahre. Näheres durch die Weichenfels, Weichenfels, Dr. W. W. 12.

## Größ. Gartengrundstück

zu jedem Unternehmen geeignet, zu verkaufen. Näheres in der Erped. d. Bl.

## Sin geb. einpänn. Aufschneider

ist billig zu verkaufen.  
Carl Hecken, Gatticherstr.

## Berthold's eiserne Gartenmöbel

sind billig abzugeben.  
Gebr. Wegand.

## Ein altes, gut erhaltenes Fahrrad

zu kaufen gesucht. Off. erbeten unter Preisangabe u. „Fahrrad“ an die Erped. d. Bl.

## Ein Kinderwagen mit Sammelreifen

billig zu verkaufen.  
Vorwerk 18. im Hofe.

## Grosses Läuferschwein

zu verkaufen.  
Weichenfels Nr. 13.

## 1 Paar große Läuferschweine

zu verkaufen.  
Gästerstraße 15.

## 1 Kuh mit oder ohne Kalb

zu verkaufen.  
Erped. d. Bl.

## Ein Pferd zum Schlachten

steht zum Verkauf.  
Gästerstraße Nr. 4.

## 15 Ztr. gutes Wiesenhoe

zu verkaufen.  
Dasplig Nr. 2.

## Prima fette Schafe

abzu in einzelnen ab.  
E. Stieler, Geißelstraße 15.

## ff. Frankf. Apfelwein vom Fass.

Fischen zum Füllen werden angenommen und bei größter Abnahme billigst bet.  
Carl Rauch, Markt.

## Bürstenwaren

kaufen Sie stets vorzuziehen bei Wilhelm Köhler, Gottfriedstraße 5.

## Schuh- und Stiefelwaren

empfehle in größter Auswahl bis zum feinsten Stiefel.  
Damenstiefel 5,00 Mk. an, Herrenstiefel 4,50 Mk. an, Kinderstiefel 1,50 Mk. an.  
R. Schmidt, Markt 12.

Überzeugen Sie sich, daß die Deutschland-Fahrräder die besten, daher im Gebrauch die allerbilligsten sind!  
Verlangen Sie Preisliste der reichhaltigsten Marken, auch über Kaufmännische Bedarfs- u. Sportartikel, Nähmaschinen, Uhren etc. kostenlos von den Deutschland-Fahrrad-Werken August Stukenbrok, Einbeck. Bestens u. grüßtes Fahrradhaus Deutschland.

## Mitteldutsche Privat-Bank

Aktien-Gesellschaft  
Zweigniederlassung Merseburg.

Annahme von Depositengeldern zur Verzinsung, An- und Verkauf von Wertpapieren, ausländischen Geldsorten, Einlösung von Coupons und Dividendenscheinen, Ausstellung von Schecks und Kreditbriefen, Diskontieren und Einziehen von Wechseln und Schecks, Beilegung börsengängiger Wertpapiere und deren Versicherung gegen Kursverlust im Falle der Auslosung, Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren, Beschaffung und Unterbringung von Hypothekengeldern, Annahme von Paketen, Kisten u. dergl. als verschlossene Depots unter gesetzmäßiger Haftung der Bank. Vermietung von Schrankfächern in reu- und diebessicherer Tresoranlage.

Resortwärtige Redaktion, Druck und Verlag von E. Döbner, Merseburg.





# Correspondent.

**Bezugspreis vierteljährl. 1 Mk., monatl. 35 Pf.**  
bei Bestellung von unten anzugeben: bei Zustellung ins Haus durch unsere Boten in der Stadt und auf dem Lande außerdem Postlohn; durch die Post 120 Pf. unter 42 Pf. Postgebühr. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal mit an den Sonntagen ausgenommen. — Rücklauf unserer Originalanmeldungen ist nur mit deutlicher Unterschrift gestattet. — Die Rückgabe unvollständiger Entwürfe übernimmt keine Verantwortlichkeit.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
zeitl. Mus. Unterhaltungsblatt  
u. neuest. Romanen und Novellen.  
2. zeitl. landwirtsch. u. handelsbell.  
mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die erste Zeile oder deren Raum für Werbung von 10 bis 20 St. im Monatspreis 40 St. Bei fortwährender Begünstigung durch den Verlag besondere Berechnung, nach ausweis mit beigefügtem Verzeichnis. — Anzeigen für größere Geschäftsverträge mit an Tag vorher. — Anzeigen bis 10 Uhr. Sonntagspreise bis 10 Uhr vormittags.

Nr. 97.

Mittwoch den 27. April 1910.

36. Jahrg.

## Aus dem Reichstage.

Aus Parlamentskreisen schreibt man uns: Die Situation im Reichstage ist so unklar wie nur möglich. Der Reichsfänger hat dringende Wünsche geäußert, einige wichtigere Gesetze, so Wertzuwachssteuer und Kaligesez, noch vor den Ferien erledigt zu sein. Beides scheint nahezu aussichtslos. Die Wertzuwachssteuer ist dem Reichstage so spät zugegangen, sie sucht die überaus schwierige Materie in einer Weise zu lösen, die von allen Seiten die schärfsten Bedenken hervorrufen muß, die Tragweite ihrer einzelnen Bestimmungen ist so wenig zu übersehen, daß man es geradezu als ein höchst gefährliches Beginnen bezeichnen müßte, wenn der Reichstage die Beratung überes ohne brechen und sie rasch erledigen wollte, ohne daß den Interessenten im Lande ausgiebig Gelegenheit gegeben ist, sich zu äußern, und ohne daß er die vielen schwer wiegenden Bedenken aufs gründlichste gewürdigt hätte.

Im preussischen Landtag wie im Reichstage droht die Session nahezu ergebnislos zu endigen. Das ist natürlich für den leitenden Staatsmann eine böse Sache, wenn er auch formell die Gesetze nicht zum Abschluß bringen kann, die ihm ja ohnehin von der konservativen Majorität immer in einer Weise umgewandelt werden, daß der Vater nach dieser Erziehungskur sein Kind nicht mehr erkennen kann. Es wird aber Herr v. Bethmann Hollweg wohl kaum etwas anderes übrig bleiben, als diesen unersüßlichen Zuständen durch baldige Vertagung des Reichstages und auch des Landtages wenigstens ein zeitweises Ende zu machen, um eine Zeitlang ohne Parlament fortzuwirken zu können. Die ganze Situation beweist aufs Deutlichste, daß es auf die Dauer nicht mehr möglich ist, mit einem außerhalb der politischen Parteien stehenden Ministerium zu regieren.

Vom wahrhaft konstitutionellen Standpunkt aus läßt sich dieser Zusammenbruch des jetzigen unhaltbaren Systems nur als katastrophal bezeichnen.

## Die Verhandlungen im Reichstage über die Veteranenbeihilfe

sind leider ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Denn wenn auch das Haus einig war in dem Wunsch, daß etwas positives geschehen solle, so war man doch nicht in der Lage, der Regierung einen D e c r e t u n g s - V o r s c h l a g zu unterbreiten. Beide Vorschläge — V e r k e h r s t e u e r und Heranziehung der Branntwein Steuer — scheiterten an den wechselnden Mehr-

Fortgeschrittenen auch nicht näher tritt. Mit der Verkehrssteuer ist den Veteranen nicht zu helfen, das müßten sich die Rechte und die Nationalitäten auch klar gemacht haben. Die Annahme des fortschrittlichen Antrages hätte gute Ansichten geboten. Das Streben, den Veteranen zu helfen, hat aber nur Wert, wenn es sich auch p r a k t i s c h bewährt.

## Der Antrag Erzberger.

Die Verhandlungen der Budgetkommission des Reichstages haben am Montag erkennen lassen, daß die große Forderung des Abg. Erzberger hinsichtlich der Kriegskosten - D e d u n g in Südwestafrika abzuweisen wird in einer Reihe mehr oder minder bedeutender Resolutionen, daß aber sein Antrag ebenso wenig wie der des Abg. Kattmann und leider auch der der fortschrittlichen Volkspartei auf Annahme zu rechnen hat. Sein Vorstoß hat sich als verfehlt erwiesen, und man fragt sich, was Erzberger mit seinem Vorgehen wohl eigentlich bezweckt haben möge. Er leugnet Stein und Bein, daß er die Position des Staatssekretärs habe untergraben wollen, er will von rein sachlichen Motiven geleitet sein. Man tritt dem väterlichen Abgeordneten von Biberach nicht zu nahe, wenn man Erklärungen dieser Art cum grano salis aufsaßt. Zum mindesten hat Erzberger wohl geglaubt, angesichts des sinkenden Prestiges der Zentrumspartei einen guten Agitationsstoff zur Bekämpfung der Parteinteressen gefunden zu haben. Die Schöpfung der Großen zum Nutzen des Reichsfädels — ein Verfahren, das bei der Menge sehr leicht populäre Bindungen auslösen kann! Nur schade, daß der Staatssekretär nachweisen konnte, wie gerade die reichsten Leute der Kolonie mit seiner Politik unzufrieden sind!

Staatssekretär Dernburg erwies sich den Erzbergerischen Feilen gegenüber gewappnet. Er zeigte, daß auch die neue Überflüchteter Denkschrift von Jerusalem angefüllt ist und bei allen, die sachliche Kolonialpolitik treiben, hat er auf neue den Eindruck gesetzt, daß er mit seinem Vorgehen auf dem richtigen Wege ist. Der Vorstoß Erzbergers wird denn auch von der konservativen und ultramontanen Presse nicht mehr unterstützt. Man preist dieselben zurück — wohl weniger aus Überzeugung und Hinnahme zum Staatssekretär, sondern weil man die Überleitlichkeit und sachliche Verlehrtheit einseht. Die Karten zu früh aufzudecken, ist stets eine falsche Taktik. Von der ganzen Aktion dürfte nicht viel mehr zurückbleiben als eine dauerliche Beunruhigung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland und eine gewisse Verstärkung derjenigen Agitationen, die darauf hingen, die Anfechtbarkeit in Deutsch Südwest den Nichtdeutschen dahinstellt als zu riskant zu verurteilen. Der Kolonialverwaltung wird es aber hoffentlich gelingen, solche Empfindungen wieder auszulöschen.

## Die Reichs-Wertzuwachssteuer.

Zu dem Reichs-Wertzuwachsgesetzentwurf haben die Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin eine umfangreiche Eingabe an die Reichstagskommission gefandt, in der insbesondere gegen die hohe Belastung der gewerblichen Unternehmen Stellung genommen wird.

Diese Belastung würde eine große Gefahr nicht nur für das Gewerbe und alle zusammenhängenden Industriezweige sein, sie sei auch für die allgemeine Wohnungsverhältnisse von der schwerwiegendsten Bedeutung. Eine so hohe Belastung, wie sie die neue Steuerordnung dem Gewerbe auferlegt, muß zur Erhöhung der Wohnungsmieten führen. Diese Erhöhung wird wiederum dem Reiche neue Opfer auferlegen in einer durch sie notwendig werdenden Erhöhung der Löhne und der Beamtengehälter und wird so die Einkünfte aus der Reichs-Wertzuwachsteuer illusorisch machen. Die Vorschläge der Ältesten gipfeln darin, statt der Befristung von 30 Jahren eine solche von 15 vorzuschlagen und den unveränderten Wertzuwachs durch Erhöhung der Prozentsätze bei Gewinnen von über 150

Prozent wirksamer zur Steuer heranzuziehen und dafür die gewerblichen Betriebe zu entlasten. Die sich auf diese Weise ergebende Salda bringe den Gewerbetreibenden mögliche Prozeentsätze, die ungefähr den kommunalen Steuerordnungen entsprechen. Die Vorbereitung für die Einführung einer Reichs-Wertzuwachsteuer sehen die Ältesten darin, daß eine weitere Belastung des Grundbesitzes an Verkehrssteuern weder durch die Bundesstaaten, noch durch die Provinzialen und Kreisverbände, noch durch die Gemeinden zulässig sein soll. Es wird endlich in der Eingabe darauf hingewiesen, daß die stetig steigende Belastung des Grundbesitzes eine Umgestaltung der Verhältnisse des Hausbesitzes und des Baugewerbes zur Folge haben, und zur Konzentration in weniger Hände führen kann.

Auch die im Hansa-Bund tagende, aus Sachverständigen und Interessenten bestehende Kommission für das Reichs-Wertzuwachsgesetz hat nach mehrfachen Sitzungen einstimmig eine Resolution angenommen, die u. a. erklärt: Der Gegenwurf muß der eigenen Richtigkeit und der Tätigkeit des Abg. Erzberger die Wertehöherung Rechnung tragen, zumal der unverdiente Zuwachs vom verdienten im Einzelfall steuerlich sehr wohl zu unterscheiden ist. Das Gesetz nimmt auf die baugewerbliche Tätigkeit, besonders der Mittel- und Kleinbetriebe, welche an einem raschen Umfag lebhaft interessiert sind, zu wenig Rücksicht, und zwar weil in dem Gegenwurf der innerhalb kurzer Fristen erzielte Zuwachs bei weitem höher besteuert wird als der in einer längeren Reihe von Jahren erzielte. Ferner treffen die hohen Steuerätze des Entwurfs gerade die gewerblichen Kreise besonders schwer. Die Art der Berechnung des Wertzuwachses ist nach fiskalischen Gesichtspunkten vorgenommen, um höhere Steuerätze zu erzielen. Wenn z. B. ein Grundstück mit 100 000 Mk. Kaufstellwert und einem Gebäudewert von 200 000 Mk. zum Preise von 350 000 Mk. veräußert wird, so berechnet der Entwurf nach Abzug der Aufwendungen von 300 000 Mk. einen Wertzuwachs von 50 000 Mk., und zwar nur auf den Wert der Regenhaft von 100 000 Mk., statt auf den Gesamtwert von 300 000 Mk. Damit wird ein Wertzuwachs von 50 Pro. angenommen, während dieser in Wirklichkeit nach Maßgabe der umgesetzten Werte nur 16 2/3 Pro. beträgt. — Der Entwurf läßt die Anrechnungbarkeit von nachweisbaren Aufwendungen, wie z. B. eigene Arbeit und die Berücksichtigung wertvermindernder Momente, z. B. Mietsverluste und vor allem Zinsverluste, nicht zu, so daß möglicherweise ein Wertzuwachs berechnet werden kann, wo in Wirklichkeit ein Wertrückgang angenommen werden muß. Bedenklich ist die Bestimmung, daß die Gemeinden (Gemeinerverbände) fernerhin berechtigt sein sollen, mit Genehmigung der Landesregierung zu den Steuerätzen für ihre Rechnung Zusätze zu erheben, wobei eine Grenze dieser Zusätze gesetzlich nicht normiert ist. Ferner muß daran erinnert werden, daß der Entwurf im Gegensatz zu den Bestimmungen des § 90 des Reichsteuergesetzes vom 15. Juli 1909, welcher bei Einführung eines Wertzuwachsgesetzes die Befreiung des Umsatzempels vorsah, dieser Befreiung nicht Rechnung trägt. Der Gegenwurf trifft vor allem den Mittelstand und die Kleinbetriebe im Baugewerbe in empfindlicher Weise und schädigt so die mit diesen Betrieben in Verbindung stehenden Industriezweige. Die Wertzuwachsteuer in der Form des Entwurfs muß aber auch zu einer erheblichen Versteuerung des Grundbesitzes als solchem führen, was wiederum einen Rückschlag auf die Mietspreise überwindet. Außerdem erschwert sie die Besitzgewerbesteuer, insbesondere für den Mittelstand unter Berücksichtigung der jetzt schon bestehenden staatlichen und kommunalen Umsatzsteuern.

## Wertwürdige Streitunterstützungen.

Wie die Streitunterstützungen, welche Arbeiter ausgezahlt erhalten hatten, aussehen, bringt der Verein der Bauern Industriellen Könige.

